



Reopening
01.07.2017

KUNST | HALLE | KREMS

Abstract Painting Now!
Gerhard Richter, Katharina Grosse, Sean Scully ...

Tobias Pils
Untitled

Sébastien de Ganay
Transposition and
Reproduction

www.kunsthalle.at

Bernard Frize, Balaire (Detail), 2015, Galerie nächst St. Stephan © Bildrecht, Wien, 2017

KULTUR
NIEDERÖSTERREICH

ISSN 1862-4154
Preis: € 5,-
Ausgabe 2.17



upgrade

Das Magazin für Wissen und Weiterbildung
der Donau-Universität Krems



möglich oder utopisch

SCHWERPUNKT: EUROPA

EIN KONTINENT SUCHT SEINE ZUKUNFT

SIEMENS
Ingenuity for life

Energiekosten senken? Mit uns können Sie rechnen.

Optimieren Sie Ihre Energieeffizienz.

Intelligente Gebäudetechnologie bringt Ihre Gebäude zum Sparen. Basis für eine nachhaltige Lösung ist Transparenz: Systeme wie die cloud-basierte Plattform „Navigator by Sinalytics“ können übergreifend Daten aufnehmen, diese analysieren und aus den Ergebnissen konkrete Maßnahmen zur Energieeinsparung ableiten: von der Planung, der Installation, der Inbetriebnahme und der Optimierung bis hin zu unserem „Energy Performance Contracting“.

siemens.at/energieeffizienz

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,



**MAG. FRIEDRICH
FAULHAMMER**

Rektor der
Donau-Universität Krems

vor wenigen Wochen feierten die Spitzen der Europäischen Union und der 27 EU-Mitgliedsländer – Großbritannien fehlte – 60 Jahre Römische Verträge: Sie bilden das Fundament, auf dem die Europäische Union gebaut wurde.

Wie es sich oft mit Errungenschaften verhält, scheinen auch viele Europäerinnen und Europäer das Interesse am Erreichten zu verlieren. Jetzt, wo die Sehnsucht nach Einigkeit, nach Grenzenlosigkeit, nach einem gemeinsamen Raum der Lebens- und Wirtschaftschancen oder Möglichkeiten in Wissenschaft und Forschung weitestgehend erfüllt wurde, scheint die Freude darüber der Überdrüssigkeit weichen zu müssen. Zugegeben, die Beschaffenheit des gemeinsamen Ortes Europa ist nicht überall makellos. Doch wer sich die Situation des Kontinents am Ausgangspunkt der europäischen Einigung, die 1950er Jahre, in Erinnerung ruft, wird wohl kaum dafür eintreten wollen, die Europäische Union in diese Zeit zurückzuentwickeln.

Die aktuelle Ausgabe von **upgrade** blickt daher auf ein anderes und zukünftiges Europa. Es zeigt, welche Alternativen sich angesichts der Problemstellungen anbieten; wie beispielsweise die Systematik des Euro verbessert werden könnte; fragt, ob es sinnvoll ist, an einer EU-Verfassung weiterzubauen, oder welchen Stellenwert das Kulturerbe für eine gemeinsame Identität hat und was die junge Generation über Europa denkt. Die Bildstrecke der aktuellen Ausgabe wiederum stellt Begrifflichkeiten der Europäischen Union – von Supranationalität bis Subsidiarität – realen Orten in Europa gegenüber und zeigt in kritischer Perspektive, wo es noch Anstrengungen und Bemühungen bedarf.

Viel Freude bei der Lektüre wünscht

Ihr Friedrich Faulhammer

BESUCHEN
SIE UNSERE
WEBSITE!

Alle Ausgaben von **upgrade**
gibt es auch im Internet:
www.donau-uni.ac.at/upgrade

EUROPA: ORTE & BEGRIFFLICHKEITEN



SUBSIDIARITÄT



Abbildung Berlaymont-Gebäude, Sitz der Europäischen Kommission

Ort Brüssel, Belgien

Zum Begriff	SUBSIDIARITÄT
Historie	Art. 5 des Vertrags über die Europäische Union sieht Subsidiarität vor, davor bereits festgehalten im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (1957).
Bedeutung	Die EU wird nur in Bereichen tätig, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind.
Diskurs	Kritiker wenden ein, das Subsidiaritätsprinzip führe zu einer Entmachtung der nationalen Parlamente durch die Europäische Kommission.

Inhalt

Schwerpunkt: Europa

3	Editorial	
18	Übersicht	
48	Alumni-Club	
49	Kunst & Kultur	
50	Campus Krems	
52	Trends & Termine	
53	Bücher	
54	Vorschau/Impressum	
7	Kommentar: Was Brigitte Ederer meint	Europa der Zukunft
9	Europa am Scheideweg	Zunehmende Integration oder schrittweiser Abbau der EU?
15	Nationalstaaten überwinden	Im Gespräch mit Ulrike Guérot
21	Ängste nicht weiter schüren	Braucht die EU eine Verfassung?
25	Pragmatischer Zugang	Europa spielt für Junge eine untergeordnete Rolle
29	Währung mit Politikdefizit	Der Anteil des Euro an der EU-Krise
33	Kulturelles Erbe: Europas Chance?	Möglichkeiten und Träume seiner Nutzung
37	Der europäische Vulkan eruptiert	Katja Valeska Peschke zu ihrem Kunstprojekt in Krems

40	Internationale Kooperationen	Die Donau als Marke
42	Was forschen Sie?	Clemens Appl – Professor für Urheberrecht
46	Alumni-Porträt	Der Berufssoldat Christian Rieser



Supranationalität, Solidarität, Subsidiarität: Begrifflichkeiten für eine große Idee – Europa. Stehen ihnen reale Orte Europas gegenüber, zeigt sich die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Diese Realität Europas greift die Bildstrecke „Orte und Begrifflichkeiten“ auf und hält sie durch Bilder und die zu den Begriffen geführten Diskurse fest. *Idee und Konzeption der Bildstrecke: Abteilung für Kommunikation, Marketing und PR der Donau-Universität Krems.*

Foto: Andersen Pecorone

EUROPA: ORTE & BEGRIFFLICHKEITEN



PERSONENFREIZÜGIGKEIT



Abbildung	Polnisches Spezialitätengeschäft
Ort	Brixton Hill, London

Zum Begriff	PERSONENFREIZÜGIGKEIT
Historie	Seit 1993 ist die Personenfreizügigkeit (PFZ) als eine der vier Grundfreiheiten der Europäischen Union, garantiert als Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit.
Bedeutung	Sie bezeichnet die Freiheit für Bürgerinnen und Bürger von EU-Mitgliedsländern, in einem anderen EU-Land als dem Heimatland wohnen und arbeiten zu dürfen.
Diskurs	Bis 2010 bestanden Beschränkungen für neuere EU-Mitgliedsländer. Kritiker verweisen auf die Gefahr des Lohndumpings und der Aushöhlung von Rechtsstandards. Die PFZ wird als eine der Ursachen für den Ausgang des Referendums über den „Brexit“ gesehen.

Europa der Zukunft

Mehr denn je stellt sich die Frage, wie Europa seine politischen und wirtschaftlichen Kräfte besser bündeln und ausschöpfen kann. Klar ist: Mehr statt weniger Union ist nötig, nationalstaatliche Nostalgie ist ein fataler Irrweg.

Kommentar von Brigitte Ederer

Die internationale Finanzkrise hat Europa in heftige Turbulenzen gestürzt. Mittlerweile ist der EU zwar die Stabilisierung gelungen, aber die Kosten der Krisenbewältigung üben nach wie vor einen schmerzhaften Alldruck – vor allem auf die südeuropäischen Länder – aus. Massenarbeitslosigkeit, Ausdünnung des Sozialstaates und ein gesellschaftliches Auseinanderdriften sind bis heute die Folge. Dazu kam die dramatische Flüchtlingswelle. Befeuert von diesen Krisen und verunsicherter Bevölkerung, feiern in ganz Europa rechtspopulistische Bewegungen Erfolge und bedrohen die politische und ökonomische Stabilität.

Und nun taucht ein US-Präsident auf, der sich von allen außen- und sicherheitspolitischen Verbindlichkeiten lossagt und mit „America first“ einen protektionistischen Kurs einschlägt. Wie nachhaltig die „Checks and Balances“ beschädigt werden könnten, ist bis heute nicht klar. Klar ist aber: Auf die transatlantische Zusammenarbeit kann sich Europa nicht mehr hundertprozentig verlassen. Es muss eigene wirtschafts-, sicherheits- und außenpolitische Strategien und Konzepte entwickeln und sollte sich tunlichst auf eigene Interessen und Kräfte besinnen.

Standortpolitisch muss Europa nicht bange sein. Gerade in puncto Digitalisierung und Industrie 4.0 hat Europa mit seiner wissenschaftlichen und kulturellen Vielfalt

ungeheures Potenzial. Das europäische Sozialmodell stellt überdies einen gesellschaftlichen Rahmen, mit dem die sozialen Umwälzungen der Digitalisierung viel besser moderiert werden können als in brutalen Ellbogengesellschaften. Hier geht es nun darum, die Sozialsysteme so zu modernisieren, dass sie krisenfest bleiben und tatsächlich vor existenziellen Bedrohungen schützen. Vor allem aber muss ein offener Zugang zu optimaler Bildung für alle Jungen gewährleistet sein. Das, Spracherwerb sowie Kenntnis der Alltagskultur und der europäischen Wertewelt wird wohl auch der entscheidende Schlüssel für die Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen sein.

Für die Konstitution der Europäischen Union wird es eines internen Klärungsprozesses bedürfen. Wer will die Integration Europas vorantreiben und wer will bloß als Zaungast dabei sein? Mit den Orbáns und Kaszyńskis wird ein Europa der Zukunft wohl kaum machbar sein.

Doch gerade angesichts der genannten Bedrohungen ist mehr denn je klar: Diese Herausforderungen sind nur europäisch zu meistern. Nationale Alleingänge sind letztlich zum Scheitern verurteilt. Europa muss sich selbstbewusst seiner eigenen Stärken und Möglichkeiten besinnen. Europa ist keine Supermacht, kann aber geeint eine überzeugende Soft-Power sein, die als Friedens- und Wohlstandsprojekt Modell- und Vorbildcharakter ausstrahlt. ■



BRIGITTE EDERER

Mag. Brigitte Ederer war von 1983 bis 1992 Mitglied des österreichischen Parlaments und danach Staatssekretärin für europäische Integration und Entwicklungszusammenarbeit sowie für europäische Angelegenheiten. Sie war Vorstandsvorsitzende von Siemens Österreich und Mitglied des Vorstands der Siemens AG, München. Derzeit ist Brigitte Ederer Mitglied in diversen Aufsichtsräten und Aufsichtsratsvorsitzende der ÖBB-Holding und der Wien Holding.

Fotos: HUGOVK, Ederer © Christopher Fuchs

EUROPA: ORTE & BEGRIFFLICHKEITEN



SUPRANATIONALITÄT



Abbildung Bundeskanzleramt

Ort Berlin, Deutschland

Zum Begriff	SUPRANATIONALITÄT
Historie	Der Begriff wurde 1950 im Schumanplan, Grundlage der Montanunion (Vorläuferorganisation der EG bzw. EU), zur Unterscheidung von Internationalität eingeführt.
Bedeutung	Verlagerung rechtlicher Zuständigkeiten von der nationalstaatlichen auf eine höher stehende Ebene des Europäischen Rats, der Europäischen Kommission und des EU-Parlaments.
Diskurs	Der Einfluss der Nationalstaaten auf politische Entscheidungen der EU, insbesondere jener Deutschlands, so der Vorwurf, bestimme die Richtung.

Europa am Scheideweg

Darüber, wie sich Europa in den nächsten Jahren entwickeln soll, gibt es viele Ansichten. Zwei Wege kristallisieren sich heraus: eine zunehmende Integration, die zu einer gemeinsamen europäischen Sozialpolitik führen könnte, oder ein schrittweiser Abbau der EU.

Von Oona Kroisleitner und Tanja Traxler

D

ass Krisen gewissermaßen zum Normalzustand der Europäischen Union gehören, ist ein Eindruck, der sich in den vergange-

nen Jahren immer deutlicher gezeigt hat. Nicht nur Wirtschafts- und Finanzkrise haben die vergangenen zehn Jahre in der EU dominiert, ebenso die griechische Schuldenkrise, die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Euro-Zone in einen Nord- und einen Süd-Euro, die Krise der inneren Sicherheit im Angesicht von Terroranschlägen sowie die globalen, die zur Flüchtlingskrise geführt haben.

„In diesen Krisen haben wir gesehen, wie schwer es ist, unter Druck in einer großen Gruppe von kulturell und wirtschaftlich unterschiedlich geprägten Ländern gemeinsame Lösungen zu finden“, sagt Heidi Marleen Kuhlmann, Referentin für Europapolitik beim Thinktank Jacques Delors Institut Berlin. „Das ständige Reagieren auf

Krisen hat dazu geführt, dass wir wenig Zeit hatten, um visionär langfristige Politiken ins Leben zu rufen. Dafür scheint nun endlich die Möglichkeit gegeben: Ist der Ausgang des Brexit-Referendums auch noch so bedauerlich, die verbleibenden 27 EU-Staaten haben nun die klare Aufgabe, sich mit ihrer Union auseinanderzusetzen.“

Dass es gerade jetzt an der Zeit ist, die Weichen für Europa neu zu stellen, meint auch der Leiter der ÖVP-Delegation im Europäischen Parlament, Othmar Karas, der im Department für Migration und Globalisierung an der Donau-Universität Krems tätig ist: „Noch nie war die Kluft zwischen der Erwartung der Bürger an die EU und den zu lösenden Problemen einerseits und andererseits den Handlungsmöglichkeiten der EU größer als heute.“ Trotz aller Integrationsschritte und Erweiterungen der Europäischen Union sei Europa „noch immer einer der politisch zersplittertesten Kontinente“, sagt er. „Wir stehen am Scheideweg zwischen der Weiterentwicklung der >>

Foto: petershagen



DIETER PLEHWE

Dr. Dieter Plehwe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Ungleichheit und Sozialpolitik“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Von September 2016 bis Februar 2017 war der Politikwissenschaftler als Visiting Scholar am Minda de Gunzburg Center for European Studies der Harvard University.

Vage Versprechen, mit der Integration wachse angeblich die Wirtschaft, kommen bei den Leuten nicht mehr an.

Dieter Plehwe

EU zur politischen Union noch ihrer Schwächung durch ein Wiedererstarken der Nationalismen.“

Daher ist die Krise, in der sich die Europäische Union just zu ihrem 60. Geburtstag im Frühjahr 2017 wiederfindet, eine, die deutlich über den europäischen Krisennormalzustand hinausgeht. Und das hat vor allem einen Grund: der Volksentscheid Großbritanniens vom Juni 2016, die EU zu verlassen. Das Brexit-Votum stellt eine Zäsur für Europa dar. In den ersten 60 Jahren ihres Bestehens war die Europäische Union immer nur erweitert und vertieft worden. Dieser Einschnitt hat mittlerweile auch in der wissenschaftlichen Debatte um die Zukunft der Europäischen Union ihren Niederschlag gefunden, wie Dieter Plehwe, Politikwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, betont: „Die Möglichkeit, dass die EU sogar auseinanderbrechen könnte, ist zum ersten Mal nicht mehr undenkbar. Erstmals gibt es jetzt auch eine wissenschaftliche Desintegrationsdebatte.“

Ursprünglich ist die Union aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hervorgegangen. Die Initiative des französischen Außenministers Robert Schuman zielte auf die Sicherung des innereuropäischen Friedens ab, indem die kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl vergemeinschaftet und so gegenseitig kontrolliert werden soll-

ten. So wurde aus einer politischen Idee ein wirtschaftliches Bündnis, das sich schließlich im Europäischen Wirtschaftsraum fortsetzte und die Europäische Union hervorbrachte.

Wie es allerdings mit der Europäischen Union weitergehen soll, ist völlig offen. Sogar, ob es zu einer weiteren Integration Europas kommen soll. Selbst bei der Osterweiterung der 1990er Jahre gab es – bei allen Schwierigkeiten – keine weitreichenden Debatten darüber, ob sich Europa nicht besser wieder auseinanderbewegen sollte. Diese Diskussion hat laut Plehwe erst mit dem Aufstieg der sogenannten Neuen Rechten Einzug in den politischen Diskurs in vielen Ländern Europas gefunden.

Warum es populistischen Politikerinnen und Politikern wie Marine Le Pen in Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden oder Heinz-Christian Strache in Österreich gelungen ist, erfolgreich gegen Europa Stimmung zu machen, erklärt sich Karas damit, dass Nationalisten und Populisten mit Angst arbeiten und mit der Stimmung spielen: „Sie sagen den Menschen ‚Fürchtet euch und folgt uns‘. Leider scheint es einfacher zu sein, Ängste zu schüren, als Mut zu machen.“ Bei Populisten, sowohl rechts wie auch links, würden die zu lösenden Probleme völlig aus dem Fokus geraten. „Anstatt nüchtern und mit Gestaltungswillen an die großen Herausforderungen unserer Zeit heranzugehen, suchen sie Zuflucht in rückwärtsgewandten Abschottungsfantasien. Das ist unverantwortlich und löst sicher kein Problem. Es ist bequem und feig“, sagt Karas.

Doch nicht nur bei den Rechtspopulisten, sondern auch am rechten Rand der konservativen Parteien gebe es mittlerweile eine klare Vorstellung davon, dass man Europa rückentwickeln soll, meint Plehwe. Dabei werde zwar nicht die Wirtschaftsunion infrage gestellt, aber die weiterführende soziale oder sonstige Integration soll gebremst oder gar zurückgenommen werden. Plehwe plädiert dafür, jenes Europa, das die Populisten abschaffen wollen, überhaupt erst einmal einzulösen. Zwar sei es theoretisch für jede Bürgerin und jeden Bürger der EU möglich, in einem anderen Land der EU zu leben und zu arbeiten, in der praktischen Umsetzung gebe es aber immer noch

viele Probleme – etwa wenn es um die Anrechnung von Pensionsansprüchen gehe. Die Freizügigkeit und andere postnationale Errungenschaften Europas müssten erheblich verbessert werden, damit die Bürgerinnen und Bürger von der EU wieder begeistert sind. „Vage Versprechen, wie dass mit der Integration angeblich die Wirtschaft wächst, kommen bei den Leuten nicht mehr an“, sagt Plehwe.

Fünf Wege

Wie es mit Europa weitergehen soll, dazu gibt es viele verschiedene Ansichten, die sich aber vor allem unter zwei entgegengesetzte Richtungen subsumieren lassen: Einerseits eine zunehmende Integration wie in den vergangenen Jahren, die letztlich auch zu einer gemeinsamen europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik führen könnte, oder einen schrittweisen Rückbau der EU.

Dieser Auseinandersetzung begegnete auch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Nach einer Sondersitzung der EU-Kommission zum „Weißbuch EU-Reform“ sagte Juncker im EU-Parlament: „Der Brexit kann Europa nicht stoppen“ und präsentierte fünf Visionen, wie es mit der EU bis 2025 weitergehen könnte. Das erste von Juncker gezeichnete Szenario wäre die Fortsetzung der Arbeit wie bisher: schrittweise Reformen etwa im Energiebereich. Die zweite Variante, die Juncker jedoch selbst ablehnt, wäre die Konzentration auf den Binnenmarkt ohne weitere politische Ambitionen zu hegen. Eine weitere Variante sieht das Weißbuch in der Schaffung eines Kerneuropas: Jeder Staat könne selbst entscheiden, ob er in die EU mehr oder weniger integriert sein will. Der gemeinsame Binnenmarkt, ist in diesem Szenario das „Minimalpaket“. Im vierten Beispiel, das Juncker präsentierte, soll die EU-Kompetenz auf wenige Bereiche beschnitten werden, etwa den gemeinsamen Schutz der Außengrenzen. Die nationalen Regelungen würden wieder aufgewertet. Szenario fünf setzt auf EU-weite Regelungen und einklagbare Rechte für alle EU-Bürger und ein Eurozonen-Budget. Welche Variante die Kommission bevorzugt, ließ Juncker jedoch offen.

Für Kuhlmann ist in der Umgestaltung Europas wichtig, „eine Balance zu finden,

Trotz aller Integrationschritte und Erweiterungen der Europäischen Union ist Europa noch immer einer der politisch zersplittertsten Kontinente.

Othmar Karas

die so viel wie nötig, aber so wenig wie möglich Abtreten von Souveränität der Staaten an die EU bedeutet“. In diesem Kontext ist etwa auch eine Flexibilisierung Europas denkbar, die aktuell vor allem unter dem Schlagwort „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ angesprochen wird, was Junckers drittem Szenario des Kerneuropas nahekommt. Dieses Modell würde ermöglichen, dass sich die Länder, die es wünschen, stärker gemeinsam in einigen Bereichen engagieren könnten, ohne dass alle Länder mitziehen müssten. So könnte der Kern der Eurozone etwa auch eine gemeinsame Beschäftigungspolitik anstreben. Ein Alles-oder-nichts-Prinzip könnte so einem Europa-à-la-carte weichen. Kritiker dieses Modells warnen davor, dass ein Rosinen-Picken jedes Staates die europäische Idee unterlaufen würde.

Europa als Republik

Eine andere Möglichkeit, Europa neu aufzustellen, ist, es im Sinne einer Republik zu denken, wie das etwa Ulrike Guérot, Universitätsprofessorin für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems, vorschlägt (siehe Interview Seite 15). Für Plehwe geht dieses Konzept insofern in die richtige Richtung, als es sich „aus der traditionellen Integrationsdis- >>



OTHMAR KARAS

Mag. Othmar Karas war von 2012 bis 2014 einer der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments und ist seit 2011 ÖVP-Delegationsleiter im Europäischen Parlament. Er lehrt an der Donau-Universität Krems im Department für Migration und Globalisierung.

kussion ein Stück weit weg bewegt.“ Er kritisiert, dass es in der Diskussion um die Zukunft der EU sehr oft darum geht, wofür die nationalen Parlamente und wofür das Europa-Parlament zuständig sein sollten. Letztlich sei diese Frage aber nur die Oberfläche, „das ist wie ein Rechenschiebermodell von Politik“, sagt Plehwe. „Dagegen hat ein republikanisches Verständnis einen ganz anderen Charakter.“

Das Gemeinwesen der Bürgerinnen und Bürger stehe im Zentrum des republikanischen Modells und so gehe die Idee der Republik weg von einer technokratisch geführten Debatte. Auch helfe der republikanische Ansatz dabei, die Wettbewerbslogik, die derzeit noch zwischen den Staaten der EU besteht, aufzuweichen und die Solidarität zwischen den Staaten sowie eine Angleichung der Lebensverhältnisse wieder stärker ins Blickfeld zu rücken.

Karas hingegen befürchtet, dass „völlig neue Überschriften bei manchen zu Blockaden führen“. Das Entscheidende sei für ihn nicht, ob „wir uns EU, Vereinigte Staaten oder Republik nennen“. Ihm gehe es darum, dass Europa „handlungsfähiger, effizienter und demokratischer“ werde. Zu die-

sem Zweck fordert er einen Konvent über die Zukunft der Europäischen Union unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Europas. „Wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Diskurs und Konsens, um die EU zur Antwort Europas auf die Globalisierung zu machen und die Gemeinschaft zu vertiefen. Das Ergebnis sollte in der ersten gesamteuropäischen Volksabstimmung den Bürgern Europas vorgelegt werden“, sagt Karas.

Selbstlähmung beenden

Um die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken und um den „Teufelskreis aus Vertrauensverlust und Blockaden“ zu durchbrechen, brauche die EU effiziente und transparente Entscheidungsprozesse und vor allem ein europäisches Bewusstsein. „Nur so kann die bisherige Selbstlähmung Europas beendet werden. Es darf keine Einstimmigkeit unter allen Mitgliedstaaten mehr notwendig sein. Die nationalen Vetorechte müssen weg, weil sie die EU erpressbar machen, weil sie im Grunde undemokratisch sind und weil sie Europa daran hindern, die globalen Herausforderungen anzupacken.“

Was eben die großen Herausforderungen, vor denen die Bürgerinnen und Bürger Europas stehen, anbelangt, sieht Plehwe bei all den Gefahren, die mit dem Brexit und dem Erfolg der Anti-EU-Rhetorik der Neuen Rechten verbunden sind, die gegenwärtige Situation auch als große Chance für Europa und die Union. „Wir können dankbar sein, dass die Diskussion um die Zukunft der EU nun ein Stück weit politisiert wird“, sagt Plehwe. „Die Perspektive der *ever closer union*, der progressiv weitertreibenden Integration, ist nun infrage gestellt.“ Bisher gab es eine vermeintliche Übereinstimmung der Eliten, dass Europa immer weiter zusammenrückt – dass das aber keine Selbstverständlichkeit sei, werde gerade in der jetzigen Situation deutlich.

Die Klarheit der meisten Bürgerinnen und Bürger darüber, dass die europäische Integration kein Automatismus ist, biete die Chance, den politischen Dialog um Europa wieder stärker zu forcieren, betont Plehwe: „Wir treten wieder in ein Zeitalter ein, wo klar ist, dass Politik natürlich gestaltbar ist. Wir müssen uns politisch verständigen, in welche Richtung es mit Europa weitergeht.“ ■

Foto: © Privat

Ist der Ausgang des Brexit-Referendums auch noch so bedauerlich, die verbleibenden 27 EU-Staaten haben nun die klare Aufgabe, sich mit ihrer Union auseinanderzusetzen.
Heidi Marleen Kuhlmann



HEIDI MARLEEN KUHLMANN

Heidi Marleen Kuhlmann ist Referentin für Europapolitik beim Thinktank Jacques Delors Institut Berlin. Zuvor arbeitete sie als Pressereferentin für Finanzthemen im Deutschen Bundestag. Kuhlmann ist spezialisiert auf Sozialpolitik im europäischen Vergleich.

Europas Integration Geschichte und Meilensteine

Die Integration Europas nach dem Zweiten Weltkrieg verlief in mehreren Etappen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Fortschritten. Trotz aktueller krisenhafter Erscheinungen ist klar: In den 60 Jahren seit Unterzeichnung der römischen Verträge hat Europa einen in seiner Geschichte noch nie dagewesenen Prozess des Zusammenrückens in Frieden und Zusammenarbeit erlebt.

Quelle: <https://de.wikipedia.org>
Suchbegriff: Europäische Union

1950er Jahre

1951 Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) durch Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.
1952 Gründung des Europäischen Parlaments. Mit dem Vertrag von Rom
1957 entstehen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft.

1960er Jahre

Zölle auf den Handel zwischen den EU-Mitgliedstaaten werden abgeschafft. Beschluss, die landwirtschaftliche Erzeugung gemeinsam zu organisieren.
1967 tritt der EG-Fusionsvertrag in Kraft: Gründung der Europäischen Kommission und des Europäischen Rats

1970er Jahre

Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich treten **1973** der EWG bei. Eine gemeinsame Regionalpolitik beginnt, ärmere Gebiete zu fördern.
1979 können alle Bürger erstmals ihre Vertreter im Europäischen Parlament direkt wählen.

1980er Jahre

1981 wird Griechenland zehntes Mitglied der EU. Ab **1985** wurden mit den Schengener Abkommen die Binnengrenzen zwischen Mitgliedsländern geöffnet.
1987 wird mit der Einheitlichen Europäischen Akte der Startschuss zum Binnenmarkt gegeben.

1990er Jahre

Mit dem Vertrag von Maastricht wird **1992** die Europäische Union gegründet, zunächst als „Dachorganisation“. Damit Beschluss der Wirtschafts- und Währungsunion.
1993 wird der Binnenmarkt vollendet.
1995 treten Österreich, Schweden und Finnland der EU bei.
1999 Einführung des Euro zunächst als Buchgeld.

2000er Jahre

2004 erfolgt die Osterweiterung: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Ungarn sowie Zypern und Malta treten der EU bei. Im gleichen Jahr wird der Verfassungsvertrag unterzeichnet, die Ratifikation scheitert aber.
2007 Vertrag von Lissabon: Die EU erhält Rechtspersönlichkeit, Entscheidungsprozesse werden reformiert, unterschiedliche Vertiefungen ermöglicht. Rumänien und Bulgarien treten bei.

Ab 2010

2012 Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus.
2013 wird Kroatien das 28. Mitgliedsland.
2016 Großbritannien entscheidet sich per Referendum für den EU-Austritt.

EUROPA: ORTE & BEGRIFFLICHKEITEN



EUROPA DER REGIONEN



Abbildung Kundgebung der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung

Ort Castelldefels, Spanien

Zum Begriff	EUROPA DER REGIONEN
Historie	Im Vertrag von Maastricht von 1992 wurde die Einrichtung des Ausschusses der Regionen als beratendes Organ der Europäischen Union vereinbart. Der Nationalökonom Leopold Kohr empfahl bereits 1941 die Aufteilung Europas in einen Regionenverbund.
Bedeutung	Konzept zur Förderung der Regionen in den EU-Mitgliedsstaaten sowie der Subsidiarität. Die EU fördert grenzüberschreitende Europaregionen.
Diskurs	Das Konzept polarisiert und hat Befürworter in vor allem föderal organisierten Ländern ebenso wie Gegner in zentralistischen Staaten oder solchen mit separatistischen Tendenzen.

Nationalstaaten überwinden

Die EU habe ein Demokratiedefizit, sagt die Politikwissenschaftlerin **Ulrike Guérot**. Um dieses zu überwinden, fordert sie ein konsequentes Nachdenken über die EU und ein Europa der Regionen.

Interview: Oona Kroisleitner und Tanja Traxler

upgrade: In Ihrem Buch „Warum Europa eine Republik werden muss“ schreiben Sie, die Schönheit des europäischen Projekts sei verloren gegangen. Wie ist das passiert?

Ulrike Guérot: Das passiert schon sprachlich. Es geht nicht mehr um einfache, klare Dinge, sondern um Begriffe wie „differenzierte Integration“, „Kerneuropa“ und „unterschiedliche Geschwindigkeiten“; Ausdrücke, die man nicht mehr versteht. Europa war ein Projekt der Offenheit, der Grenzüberschreitung. Jetzt haben wir einen Diskurs, der von Abschottung geprägt ist. Natürlich ist die Flüchtlingsthematik eine große und die Terrorgefahr real. Dass man dem nur mit Reden über Schutz und Sicherheit beikommen kann, würde ich bestreiten. Das widerspricht den Werten und der Schönheit Europas.

Was ist die Schönheit Europas? Der Anspruch an Offenheit?

Guérot: Das war tatsächlich so. Wir machen die Krise des Nationalismus nicht zum ers-

ten Mal durch. In den Reden der Intellektuellen der Zwischenkriegszeit Julien Benda oder Stefan Zweig heißt es, wenn wir uns in Europa nach Nationalität entscheiden oder vor allem unterscheiden, dann ist Europa auf Abwegen. Der europäische Geist ist keine Distinktion nach Nationalität. Weil Europa die Überwindung von Nationalismus und Nationalstaaten ist. So sind wir angetreten. Heute verlaufen wir uns in den Diskussionen um nationale Souveränität.

Woher kommt das?

Guérot: Wir haben eine Konfrontation zwischen der EU und den Staaten. Die zentrale Frage ist: Wer entscheidet? Jetzt sind weder die EU noch der Nationalstaat souverän, sondern nur die Bürger. Die Nationalstaaten haben die Souveränität von den Bürgern nur übertragen bekommen. Theoretisch könnte sie ihnen genommen und auf einen anderen politischen Körper übertragen werden – zum Beispiel Europa. Wir haben >>



Ölkännchen, Marillenmarmelade oder Leberwurst. Die EU macht Vorschriften für das Kleine, aber die Strategie findet nicht auf europäischer Ebene statt.

Ulrike Guérot

Univ.-Prof. Dr. **Ulrike Guérot** hat seit April 2016 die Professur des Departments für Europa-republik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems inne. 2013 gründete die Politikwissenschaftlerin das European Democracy Lab an der European School of Governance in Berlin. Sie ist Autorin zahlreicher Publikationen, zuletzt schrieb sie in ihrem Buch „Warum Europa eine Republik werden muss“ ihre politische Utopie für den Kontinent nieder.

ein Problem der Verortung der Souveränität, deshalb funktioniert die EU nicht.

Was aber, wenn die Bürger Europa und die EU nicht wollen?

Guérot: Die meisten Leute wollen Europa. Auch bei Rechtspopulisten geht es vor allem gegen die EU. Die EU hat demokratietheoretische Defizite: Der EU-Rat entscheidet, und viel weniger das Europäische Parlament. Außerdem wählen wir unser Parlament nicht nach den gleichen Bedingungen. Insofern ist die Legitimität für die Bürger nur mittelbar herleitbar.

Was wäre nötig, um das zu ändern?

Guérot: Eine allgemeine, geheime Wahl. Dass wir als europäische Staatsbürger das Parlament wählen, eine Stimme pro Person, und daraus eine Regierung hervorgeht. Das würde aber voraussetzen, dass es etwas wie eine europäische Staatsbürgerschaft gibt, die uns auch vor dem Recht gleichmacht.

Sie sagen, dass sich die Zeit der EU dem Ende zuneigt. Wie lange geben Sie der EU noch?

Guérot: Die zynische Antwort wäre, dass

das noch lange dauern kann. Denn der Euro, den wir auf keinen Fall verlieren oder aufbrechen wollen, hängt am EU-System. Man kann sich aber einen Plan für 15 bis 20 Jahre machen. Punkt eins wäre zum Beispiel die Wahlrechtsgleichheit, zwei steuerliche Gleichheit, drei gleicher Zugang zu sozialen Rechten und so weiter. Nur mit einem klaren Ziel kann man ein System dazu bringen, sich diesem Ziel zu verpflichten. Es geht nicht um die Zerstörung der EU, sondern um Komplementierung: ein Markt, eine Währung, eine Demokratie. Die Demokratie geht uns noch ab.

Sie haben den 8. Mai 2045 als den Tag festgesetzt, an dem die europäische Republik ausgerufen wird. Ist das zu optimistisch?

Guérot: Das gibt uns noch ein bisschen Zeit. 2045 liegt genauso weit in der Zukunft, wie 1989 in der Vergangenheit liegt. Damals konnte sich niemand vorstellen, was alles gekommen ist – Fall der Mauer, Zusammenbruch der Sowjetunion, 9/11 oder die Finanzkrise. Die EU ist auch nicht vom Himmel gefallen.

Warum haben Sie für Ihre Utopie das System der Republik gewählt?

Guérot: Die Republik ist der älteste Begriff in der politischen Ideengeschichte seit Platon und seit es darum geht, wie wir das Zusammenleben von Menschen gestalten. Wir müssen das Gemeinwesen organisieren, die *res publica* – die gemeinsame öffentliche Sache, die Republik. Wenn wir in Europa eine gemeinsame Sache zu regeln haben, einen Markt, eine Währung, eine Flüchtlingspolitik, müssen wir uns als Bürger darauf verständigen, wie wir das organisieren. Die Republik hat etwas Warmes.

Wie sieht Ihr Ideal der europäischen Republik aus?

Guérot: Europa aufgrund dieser Semantik zu denken hieße, wir generieren Wärme für Europa. Die Europäische Republik nährt, sie hat eine allgemeine europäische Arbeitslosenversicherung. Sie kümmert sich um ihre Bürger, denn die Bürger sind die Republik. Man kann die beiden nicht gegeneinander ausspielen, wie man jetzt den Nationalstaat gegen die EU ausspielt. In der Republik haben wir Bürger über Wahlen ein Parlament geschaffen, aus dem eine Regierung hervorgeht. Wenn es uns nicht passt, was diese tut, wählen wir sie ab. Ich bin aber gar nicht so sehr Utopistin, ich mache zum dritten Mal die gleiche Soße: Victor Hugo hat 1872 eine Rede gehalten, in der er sagte: „Eines Tages werden wir sie haben, die europäische Republik.“ Im vergangenen Jahrhundert haben Leute wie Alexandre Marc, Denis de Rougemont oder Hannah Arendt an das Gleiche gedacht: ein föderiertes System, basierend auf der Gleichheit jenseits des Nationalstaats.

Wie soll diese Republik organisiert sein, wenn es keine Nationalstaaten mehr gibt?

Guérot: In Regionen. Der Schriftsteller Robert Menasse hat mir den schönen Satz geschenkt, „Nationen sind Fiktion, Heimat ist Region“. Das stimmt. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen und habe mit jemandem aus Bayern oder aus Bremen nicht viel Kultur gemein. Ich bin aber mit ihnen über die Bundesrepublik Deutschland geeint, weil wir gleich sind vor dem Recht. Das kann man sich für Europa genauso vorstellen. Der Trend ist bereits da. Wir Europäer

wollen eine größere identitäre Bezugsgröße, das ist die Region.

Geht der Trend nicht zu immer kleineren Nationalstaaten? Beispielsweise Schottland, das sich von Großbritannien abspalten möchte.

Guérot: Man kann sich darum streiten, was die Nation ist. Ist Schottland die Nation, oder ist es Großbritannien? Das ist relativ beliebig. Wir fassen unter dem Begriff Nation verschiedene Dinge: Ideologie, Gefühle, Verwaltungseinheiten, Staatlichkeit – all das ist die Nation. Das Nationale soll nicht die Distinktion sein. Der österreichische Sozialwissenschaftler Leopold Kohr hat in seinem Buch „Small is beautiful“ geschrieben, dass im Sinne volkswirtschaftlicher Kriterien politische Einheiten in der Größe von acht bis 15 Millionen Menschen eine optimale Betriebsgröße wären. Das heißt, dass Menschen glauben, sie könnten einen Cousin in der Regierung haben, der, wenn man ein Problem hat, hilft. Ob es diesen Cousin wirklich gibt, ist völlig egal. Aber man hat nicht das Gefühl fremdregiert zu werden. Ein politisches System Europa soll dieses Bedürfnis nach Identität abbilden und darüber ein Dach haben. Das wäre die Republik.

Die nationalen Parlamente wollen ihre Macht aber nicht verlieren.

Guérot: Ja. Das wird auch nicht einfach sein. Die Doppelung der nationalen Parlamente mit dem europäischen Parlament ist das entscheidende Problem. In meinem Konzept habe ich mich an das amerikanische System angelehnt. Die Macht ist auf der föderalen Ebene gebündelt und wieder geteilt. Die Bundesstaaten sind sehr autonom, viel autonomer als die Bundesländer in Österreich. Die Gouverneure regieren ihre Bundesstaaten, aber es gibt die Koppelung zu Washington über die Senatoren. Das wertet die Regionen auf und schafft eine Koppelung zur föderalen Ebene. Die großen Punkte sollen bei der EU liegen: Klima, Währung, Außenpolitik. Das Kleine soll zurück in die Regionen: Ölkännchen, Marillenmarmelade oder Leberwurst. Heute ist es umgekehrt. Die EU macht Vorschriften für das Kleine, aber die Strategie findet nicht auf europäischer Ebene statt. ■



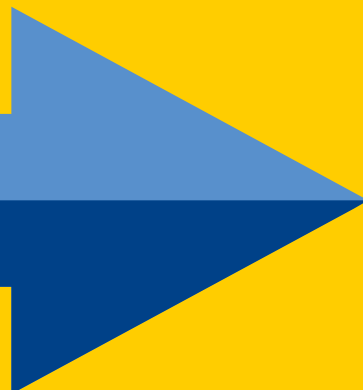
Der derzeit aufkeimende Nationalismus sei notwendig, um den Weg zu einem neuen Europa zu ebnen, so Ulrike Guérot in ihrem in Kürze erscheinenden Buch „Der neue Bürgerkrieg“.



Im Fokus:
Europas Rechts- und Politiksystem an
der Donau-Universität Krems

Europas Gefüge verstehen und neu denken

Seit Gründung der Donau-Universität Krems ist Europa ein wichtiger Orientierungspunkt. So hält das Bundesgesetz über die Universität für Weiterbildung Krems (DUK-Gesetz 2004) als Aufgabe unter anderem die „Entwicklung zu einem mitteleuropäischen Kompetenzzentrum für Weiterbildung mit besonderer Berücksichtigung von Aspekten der Erweiterung der Europäischen Union“ fest. Zu internationalen Entwicklungen und Europarecht bietet die Donau-Universität Krems fundierte Universitätsstudien. Dabei wird nicht nur der Status quo des politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Gefüges von Europa bzw. der Europäischen Union vermittelt, sondern Europa ebenso neu gedacht.



Europa, weitergedacht

Das Department für Europapolitik und Demokratieforschung befasst sich mit der institutionellen Verfasstheit der EU, der Rolle der EU in der Welt sowie der Zukunft der europäischen Demokratie. „Im Mittelpunkt unseres Wirkens steht die Befassung mit den Phänomenen des europäischen Populismus und Nationalismus und ihrer Ursprünge, die Analyse des Demokratiedefizits in der europäischen Governance-Struktur sowie die Fragen von Partizipation und Repräsentation in Europa“, sagt Univ.-Prof. Dr. Ulrike Guérot, Leiterin des Departments. Ferner wird das Department sich mit der Rolle der Regionen in Europa beschäftigen. Das Department möchte einen gesellschaftsrelevanten Beitrag zum aktuellen politischen Diskurs über die Zukunft der EU leisten.

Schwerpunkte in Forschung & Lehre

- Die EU & ihre Institutionen
- Europas Rolle in der Welt und die Rolle der Mitgliedsstaaten der EU
- Aktuelle Fragen in der Demokratieforschung
- Theoretische Konzepte

Europarecht als integraler Bestandteil

Das Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen unter Leitung von Univ.-Prof. DDr. Thomas Ratka, LL.M., fokussiert in Lehre und Forschung auf praxisrelevante Themen des Wirtschaftsrechts und deren internationaler Dimension. Europa bzw. Europarecht nimmt dabei einen besonderen Stellenwert ein. „Das Department zählt mit seinen Studien seit 1992 zu den europaweit renommiertesten Anbietern postgradualer Masterstudien im Bereich der Rechtswissenschaften und Europäischen Integration“, so Thomas Ratka. Das Department ist Sitz der Österreichischen Gesellschaft für Europarecht (ÖGER) und fungiert als Kontaktpunkt des Europäischen Zentrums für Weltraumrecht (European Centre for Space Law) der Europäischen Weltraumorganisation (ESA).

Das Department bietet diese Universitätslehrgänge mit Europabezug:

- International Business Law (LL.M.)
- International Dispute Resolution, LL.M.
- International Relations, MA
- Menschenrechte / Human Rights, MA

Das Department umfasst:

- einen Lehrstuhl für Europa- und Medizinrecht
- einen Lehrstuhl für österreichisches, europäisches und internationales Urheberrecht
- einen Jean Monnet Lehrstuhl für Europarecht
- und ist Sitz der Österreichischen Gesellschaft für Europarecht (ÖGER)

EUROPA: ORTE & BEGRIFFLICHKEITEN



GRUNDRECHTE



Abbildung | Auffanglager für Flüchtlinge

Ort | Lampedusa, Italien

Zum Begriff	GRUNDRECHTE
Historie	Der Schutz der Grundrechte in der Europäischen Union ist durch Art. 6 des Vertrages über die Europäische Union primärrechtlich verankert. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist seit 2009 rechtsverbindlich.
Bedeutung	Die Charta listet Rechte wie die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, Folter-, Sklavereiverbot, klassische Bürgerrechte wie Redefreiheit, aber auch Verbraucher- und Datenschutz.
Diskurs	Kritiker der Flüchtlingspolitik berufen sich immer wieder auf die EU-Grundrechtecharta, beispielsweise als Legitimation der Forderung eines Rechts auf Flüchtlingsvisa.

Ängste nicht weiter schüren

*Braucht die EU eine Verfassung, um sie vor der Implosion zu retten, oder sollte die Union vielmehr durch gezielte Reformen demokratie- und bürgertauglicher gestaltet werden? **Thomas Ratka** von der Donau-Universität Krems plädiert für die zweite Variante.*

Von Gunnar Landsgesell

I

m Jahr 2004 wollte sich die Europäische Union eine Verfassung geben, um den Integrationsprozess weiter voranzutreiben und der EU eine einheitliche Rechtspersönlichkeit zu verleihen. In der Präambel wurde bekräftigt, dass die „Völker Europas“ entschlossen seien, ihr „Schicksal“ gemeinsam zu gestalten.

So entschlossen waren einige Völker dann doch nicht, Frankreich und die Niederlande lehnten in Volksabstimmungen über den „Vertrag über eine Verfassung Europas“, wie man das Regelwerk vorsorglich nannte, ab. Vieles von dem, was der Europäische Konvent damals ein Jahr lang ausgearbeitet hatte – von erweiterten Rechten des Europäischen Parlaments bis zu einer rechtlich verbindlichen Grundrechte-Charta –, ist seither umgesetzt worden. Doch immer noch

scheut sich die Politik, eine Verfassung für Europa zu entwerfen. Während die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien die Sorge über eine Desintegration der EU vorantreiben, stellt sich die Frage, ob eine EU-Verfassung die Union einen Schritt voranbringen könnte – oder implodieren lassen würde.

Ljubljana-Initiative

Anfang Februar 2017 hat der slowenische Staatspräsident Borut Pahor mit der „Ljubljana-Initiative“ einen Entwurf für eine EU-Verfassung präsentiert: eine europäische Staatsbürgerschaft soll ebenso eingeführt werden wie die europaweite Kandidatur von Parteien. Die Unionsbürger würden einen EU-Präsidenten in direkter Wahl küren. Pahors Initiative ist der Versuch, die teils mangelnde demokratische Legitimation der EU-Gremien zu beheben. Immer noch hat z. B. die EU-Kommission in fast allen >>

Bereichen das alleinige Initiativrecht bei der Gesetzgebung. Der Wert einer solchen Verfassungs-Initiative könnte aber auch im Prozesshaften selbst liegen, wie sie etwa der politische Philosoph Jürgen Habermas schon 2001 in seinem Essay „Warum braucht Europa eine Verfassung?“ für „Die Zeit“ beschrieben hat: als essenzielles Mittel „grenzüberschreitender Kommunikation“, in der sich Berufsgruppen, Konfessionen, Klassen und Regionen übernational organisieren und eine europäische Öffentlichkeit, fest eingebettet in demokratische Prozesse, im Zusammenspiel mit europäischen Institutionen entsteht.

Verfassung de facto vorhanden

Welche Rolle kann also eine EU-Verfassung hinsichtlich einer stärkeren demokratiepolitischen Legitimierung der EU-Institutionen spielen? Braucht es einen neuen Konvent, der die Bürger einbindet, um die Kompetenzen zwischen Nationalstaaten und supranationalen Instanzen neu zu verteilen? Um die EU zu „retten“? Thomas Ratka, Professor am Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen an der Donau-Universität Krems, beurteilt die Forderung nach einer Verfassung etwas anders. Nach seiner Einschätzung verfügt die EU de facto schon seit geraumer Zeit über eine Verfassung. Ratka: „In den Verträgen ist bereits jetzt festgeschrieben, welche Kompetenzen die Union hat, welche Ziele und Politiken sie verfolgt. Und vor allem gibt es mit der Grundrechtscharta einen Katalog der Grund- und Freiheitsrechte.“ Man habe sich also genau darauf geeinigt, was üblicherweise Staatsverfassungen festlegen. Damit könne man sagen, wir brauchen nicht eine Verfassung, sondern „wir haben – materiell betrachtet – bereits eine“. Schon jetzt erlasse die EU Normen, die unmittelbar gelten und in vielen Bereichen keinen nationalen Gesetzgeber mehr benötigen. Ratka weist darauf hin, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) schon in den sechziger Jahren festgelegt hat, dass Europarecht im Konfliktfall vorgehe. Dass das nicht in den EU-Verträgen schon viel früher verankert wurde, habe, so Ratka, einzig den Grund, dass die Skepsis vor einem Superstaat nicht unnötig

befördert werden solle: „Zudem hätte de Gaulle so etwas nie unterschrieben.“ So bleibe es in vielen Fällen bei – ungeschriebenem – Richterrecht des EuGH.

Gelebter Parlamentarismus

Trotz dieser Regelungen fehlen der EU jedoch wesentliche Staatselemente: Es gibt keine Staatsgewalt, keine Regierung, keine EU-Polizei. Mit einer echten EU-Regierung würden die nationalen Regierungen ihren Einfluss auf den EU-Gesetzgebungsprozess vollends verlieren. Der EU-Ministerrat wäre diesfalls, so Ratka, völlig machtlos, jetzt hingegen ist er das Machtzentrum. Der Rechtsexperte sieht in der Konstruktion der EU hingegen „ein ausbalanciertes System, das in dieser Form auch wichtig ist, um die Stabilität zu bewahren“. Die Wahl einer EU-Regierung brächte hingegen oftmals politische Richtungswechsel, Europa brauche aber „keine ständigen Brüche, sondern Kontinuität“. Auch Ratka sieht einige Demokratiedefizite, für das EU-Parlament gelte das aber größtenteils nicht: „Im EU-Parlament läuft es sogar viel demokratischer ab als in nationalen Parlamenten, wo die Abgeordneten dem Klubzwang unterliegen. In der EU hingegen muss im Parlament für jede einzelne Sachregelung eine Mehrheit zwischen und innerhalb von Fraktionen gesucht werden. Man hat es hier also mit wechselnden Mehrheiten zu tun, nicht mit dem gegenseitigen ‚Sich-eins-Auswischen‘ zwischen Regierung und Opposition, wo diese mit guten Vorschlägen so gut wie nie durchdringt.“ Das klingt nach gelebtem Parlamentarismus, der lediglich eine Stärkung seiner Kompetenzen innerhalb der EU-Architektur benötigt.

Um die mangelnde Legitimität der Parlamentarier zu reparieren, brauchte es vor allem eine Reform des Wahlmodus. Derzeit werden die Abgeordneten durch nationale Wahlen bestimmt, die – ganz der Dissonanz zwischen „Brüssel“ und nationaler Regierung entsprechend – von den innenpolitischen Themen der jeweiligen Länder dominiert sind. Da die Mandatäre aber durchwegs europaweite Entscheidungen treffen, müsste sich das territorial in einem europaweiten Wahlkampf widerspiegeln. Dem aktuellen Modus entsprechend, finden sich die einzig direkt gewählten Vertreter im Ministerrat,

aber auch diese wurden nicht für ihre supranationalen Aufgaben gewählt.

Ein echtes Demokratie-Defizit ortet Thomas Ratka vor allem bei der EU-Kommission. „Allein das Wort weist schon auf deren Ursprung als Organ der damaligen Kohle- und Stahl-Union hin. Sie war seinerzeit eine Expertenkommission, die etwa die beste Lösung für den Standort eines Kraftwerks gesucht hat. Auch wenn die Kommission heute vorgibt, im Sinne einer ‚Expertenkommission‘ nach der ‚besten Lösung‘ zu suchen, trifft sie in Wirklichkeit ständig politische Entscheidungen, ohne aber dafür politisch legitimiert zu sein oder offenzulegen, wofür sie politisch steht.“ Durch eine Reform der Bestellung bzw. Entsendung der Kommissare ließe sich die Kommission stärker im Sinne einer Regierung gestalten, um eine gewisse Legitimität zu erhalten.

Kerneuropa als Ausweg

Für Ratka zeigt sich gerade aber an dieser Frage das ganze Dilemma der EU, das der Quadratur des Kreises gleicht: „Einerseits verlangt man nach einer europäischen Regierung und mehr Demokratie, andererseits wollen die Nationalstaaten ihre Souveränität nicht abgeben. Beides ist aber nicht möglich.“ Ein Ausweg wäre ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, wie es derzeit diskutiert wird. „Man bildet einen Kreis für weitergehende Integration in bestimmten Bereichen und belässt ansonsten die Dinge, wie sie waren. Es gäbe ein Kerneuropa, das am engsten verflochten ist, und ein bis zwei weiter gefasste Ringe. Für Österreich stelle sich weniger die Frage nach einem Öxit“, sondern mehr, „ob man bei einem Kerneuropa mitmachen oder in der zweiten Reihe bleiben möchte.“ Die „Rettung“ der EU könnte also am besten in gezielten Reformschritten stattfinden, anstatt mit einer EU-Verfassung und Ängsten vor dem „Super-Staat“ noch weiter Wasser auf die Mühlen der Populisten zu gießen, „die sich Autokraten wie Trump oder Putin zum Vorbild nehmen und die EU am liebsten rückabwickeln wollen“, so Ratka. Eine Gefahr, die man nicht unterschätzen dürfe: „Schließlich ist auch die römische Republik an den Populisten zugrunde gegangen.“ ■



Einerseits verlangt man nach einer europäischen Regierung und mehr Demokratie, andererseits wollen die Nationalstaaten ihre Souveränität nicht abgeben. Beides ist aber nicht möglich.

Thomas Ratka

Univ.-Prof. DDr. **Thomas Ratka** ist Leiter des Departments für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen, Autor bzw. (Co-)Herausgeber vieler rechtswissenschaftlicher Standardwerke (etwa der Manz-Reihe „Lernen. Üben. Wissen. – Unternehmens- und Gesellschaftsrecht“, des „Handbuchs Personengesellschaften“, der „Wiener Kommentare“ zum UGB, GmbHG und BWG).

EUROPA: ORTE & BEGRIFFLICHKEITEN



SCHENGENRAUM



Abbildung Grenzsituation im Schengenraum
Ort Grenzübergang Bayern/Oberösterreich

Zum Begriff	SCHENGENRAUM
Historie	Das erste Abkommen wurde 1985 zwischen den Beneluxstaaten, Deutschland und Frankreich geschlossen, der Schengenraum umfasst heute 26 Länder (EU-Staaten und weitere).
Bedeutung	Internationale Übereinkommen insbesondere zur Abschaffung der stationären Grenzkontrollen an den Binnengrenzen. Kein EU-Abkommen, aber in den EU-Rechtsrahmen mit einbezogen.
Diskurs	Die einhergehende Verpflichtung zur scharfer Kontrolle der Schengen-Außergrenze resultierte in der Kritik von Menschenrechtsaktivisten, „Schengen“ führe zu verstärktem Schlepperwesen.

Pragmatischer Zugang

In einer Demokratie entscheidet die Mehrheit. Bitter ist das für die Minderheit, die Jungen. In ihrer Lebenswelt spielt Europa eine untergeordnete Rolle.

Von Astrid Kuffner

W

er nach 1995 geboren wurde, kennt Österreich nur als EU-Mitgliedsland. Wer heuer 15 Jahre alt wird, hat immer nur in Euro gerechnet. Im Vergleich dazu hat die Europäische Union schon das

Pensionsalter erreicht. Die Staatengemeinschaft als gebrechlich zu bezeichnen, ist wohl verfrüht, aber die Folgen der Finanzkrise zehren an ihr. Schlagzeilen machen aktuell die Signale für ein Auseinanderbrechen, von Grexit bis Brexit.

Ulrike Guérot, Professorin für Europa-politik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems, ist Koautorin einer Publikation des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, in der es heißt: „Der Mainstream europäischer Integrationsforschung hat ernsthaft damit begonnen,

Auflösungstheorien zu thematisieren (...) Rechtsgerichtete europäische Parteien, Stiftungen und Thinktanks befürworten offen einen teilweisen Rückbau.“ Für die Studie „Time to go beyond interstate federalism – or something different?“ wurden Publikationen junger proeuropäischer Thinktanks (im Vergleich zu alteingesessenen) untersucht. Neben den konkreten Reformvorschlägen war für die Forschenden die semantische Analyse der Konzepte von Bedeutung. Es zeigte sich: Die jungen Denker und Denkerinnen in den Thinktanks haben sich der Idee eines „anderen Europa“ verschrieben, statt sich an der Frage „mehr oder weniger EU?“ abzuarbeiten. Es geht weniger um die Frage, wie sich Staaten in die EU integrieren, sondern darum wie sich die Bürgerinnen und Bürger auf eine europäische Demokratie einigen können. Doch sind junge >>

Foto: Mike Knell



BEATE GROSSEGGER

Dr. Beate Grossegger ist Mitbegründerin und stv. Vorsitzende des Instituts für Jugendkulturforschung in Wien, leitet seit 2001 die Forschungsabteilung, seit 2016 zudem Leiterin des „generationlab“ des Instituts. Lektorin an mehreren österreichischen Universitäten, seit 1996 in der angewandten Sozialforschung.

Menschen – auch außerhalb von Thinktanks – willens und in der Lage, beim anderen Europa mitzumachen?

Sie sind jedenfalls in allen europäischen Gesellschaften in der Minderzahl. Die Bevölkerungspyramide gleicht nicht nur in Österreich einer Suppenschüssel. Eurostat hat die Bevölkerung der EU-28 am 1. Jänner 2015 auf 508,5 Millionen veranschlagt. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen (0 bis 14 Jahre) belief sich auf 15,6 Prozent, der Anteil von Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) auf 65,6 Prozent. Menschen ab 65 Jahren machten 18,9 Prozent aus. EU-Mitglied Irland hatte 2015 den höchsten Anteil an Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung (22,1 Prozent), Deutschland den niedrigsten (13,2 Prozent). Sie haben viel Zukunft vor sich, aber wenig Perspektive. Sie wachsen auf mit rigiden Sparvorgaben im Gefolge der Finanzkrise 2008, und die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch.

Engagement für EU-Politik

Junge Österreicherinnen und Österreicher sind Digital Natives und ab Geburt EU-Bürger. Sie kennen keine andere Währung als den Euro und keine Grenzkontrollen. Doch nehmen sie Anteil an der politischen Entwicklung der Europäischen Union?

Und ist eine positive Grundhaltung zur EU eine Generationenfrage? Beate Grossegger vom Institut für Jugendkulturforschung in Wien rät zur Vorsicht. Die breite Mehrheit weiß die Vorzüge der EU wohl zu schätzen, „als politische Kategorie spielt die Union im Alltagsleben der Jugendlichen aber kaum eine Rolle“. Auch die Idee einer gemeinsamen, europäischen Identität geht an den Lebenswelten der Jugendlichen vorbei: „Das Konzept ist zu abstrakt und bietet kaum Möglichkeit, emotional anzudocken und sich zu identifizieren.“ Die Mentalitäten der heutigen Jugend sind eher „glokalistisch“. Lokale Interpretationen globaler Trends rücken ins Zentrum der Identitätskonzepte, führt Grossegger aus.

„Generation Easy Jet“ würde die erfahrene Jugendforscherin als Label noch gelten lassen. „Generation Erasmus“ bezieht sich zu sehr auf junge Bildungseliten und ist für die Gesamtheit der österreichischen Jugendlichen sicher nicht repräsentativ. Um mehr über das Verhältnis Jugendlicher zur EU im engeren Sinne zu erfahren, muss man stark auf politische und wirtschaftliche Fragestellungen fokussieren. Für junge Leute, die in Lehrausbildung, Schule oder Uni sehr gefordert sind, ist EU-Politik laut Beate Grossegger eher kein Thema. Es lässt sich aber sagen: Eine Mehrheit der Jugendlichen ist gegen einen EU-Austritt Österreichs und sieht in

näherer Zukunft keine Gefahr eines Zerfalls der Europäischen Union. Aber auch diese Einstellung ist in bildungsnahen Milieus deutlich stärker vertreten. Die deklarierte EU-Skepsis ist bei jungen Menschen mit niedriger und mittlerer formaler Bildung höher: Sie sehen die EU als Institution insgesamt kritischer und haben geringeres Vertrauen. Immerhin jeder Vierte aus dieser Gruppe geht davon aus, dass die EU-Mitgliedschaft mehr Nachteile als Vorteile bringt. Die Jugendforscherin betont, dass sich junge Menschen eher nicht in der Lage fühlen, Europa zu verändern: „Sie sehen das auch nicht als ihre Aufgabe. Das kann man ihnen kaum vorwerfen, gilt für Europa doch, was für Österreich gilt: Es wird viel über Jugendbeteiligung gesprochen, aber der tatsächliche Gestaltungsspielraum ist gering.“

Pro-EU als Wahlmotiv

Gerade hat Österreich einen Bundespräsidenten angelobt, der sich im Wahlkampf pro Europa deklariert hat. „Allgemein wurde Alexander Van der Bellen mehr von jungen und formal höher gebildeten Frauen gewählt und Norbert Hofer von Männern und formal niedriger gebildeten Wählerinnen und Wählern“, beschreibt Politikwissenschaftler Peter Filzmaier. Das Europaverständnis war ein starkes Wahlmotiv für die Wählerinnen und Wähler des siegreichen Bundespräsidenten. Ein echter Zusammenhang von Alter oder Geschlecht mit diesem Wahlmotiv lässt sich aus der Stichprobe aber nicht herauslesen. Für den Politikwissenschaftler ist die Zustimmung zur EU auch eine Generationenfrage: „Je älter, desto mehr EU-Skepsis“, aber „altersunabhängig korreliert die Zustimmung auch mit formalem Bildungsgrad und Einkommen sowie der Selbstverortung in der sozialen Rangordnung. Je höher der soziale Rang, desto mehr EU-Befürwortung.“

Auf die Barrikaden für die EU?

Verena Ringle, Beraterin für European Public Diplomacy und Teil der Mercator-Stiftung, beobachtet, dass nicht nur Politiker und Politikerinnen „die kritische Infrastruktur namens Demokratie schützen, sondern gerade auch Bürger und Bürgerinnen“. Junge

Je älter, desto mehr EU-Skepsis.

Peter Filzmaier

und ältere Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und beruflichem Hintergrund gehen auf die Straße, um europäische Werte, Errungenschaften und Ziele zu verteidigen. „Das passiert aktuell in Barcelona, in Bukarest oder von Rom bis Brüssel beim „Marsch für Europa“, so die Europa-Expertin. Sonntags erklingt inzwischen in verschiedenen europäischen Großstädten der „Pulse of Europe“, wo Menschen für die Grundlagen der Wertegemeinschaft mit den Insignien Europaflagge, offenes Mikro und Beethovens „Ode an die Freude“ als Europahymne demonstrieren gehen. Am Anfang dieser Bewegung stand ein Ehepaar in Frankfurt, das einen Aufruf verfasste.

Ein Beispiel für die technologieunterstützte Ad-hoc-Mobilisierung heute, wie sie auch Beate Grossegger in ihrem Buch „Kinder der Krise“ (2014) beschreibt. Ihre Analyse zentraler jugendlicher Protestbewegungen wie der „Indignados“, von „Uni brennt“ oder „Occupy“: Politisches Engagement passiert spontan entlang von Themen des alltäglichen Lebens. Es wird auf Missstände aufmerksam gemacht und eher kein politischer Forderungskatalog eingereicht. International gesehen sind auch die neuen Protestbewegungen ein Phänomen der Bildungsschichten. Auf der anderen Seite der sozialen Hierarchie formieren sich eher Krawall und Randalen. Dass sich junge Menschen auf breiter Front gegen Demokratie aussprechen, kann die Jugendforscherin nicht bestätigen. Sie ortet aber eine „Politikerverdrossenheit“, weil das Polit-Establishment jungen Menschen zu viel diskursive Selbstreferenzialität und zu wenig steuerungspolitische Kompetenz vermittelt. Hier dürfen sich also Politiker und Politikerinnen aller europäischen Länder an der Nase nehmen. ■



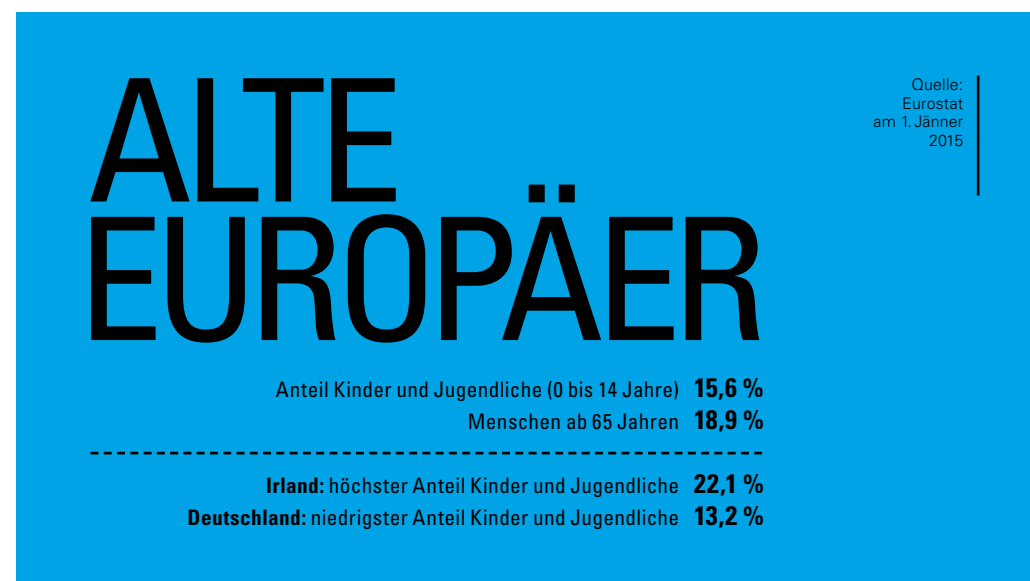
PETER FILZMAIER

Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier studierte Politikwissenschaft und Publizistik an der Uni Wien, lehrt an Universitäten in ganz Österreich, seit 2005 Leiter der Plattform Politische Kommunikation und Professor für Demokratiestudien und Politikforschung an der Donau-Universität Krems, ORF-Wahlanalytiker.



VERENA RINGLER

Verena Ringle baut seit 2013 das Europaprogramm der Stiftung Mercator auf. Master in European Studies & Emerging Markets von der School for Advanced International Studies (Johns Hopkins University), Beraterin für European Public Diplomacy, im Beirat für das Europäische Forum Alpbach.



Fotos: Ringle © RenÇe del Missier; Grossegger © Privat; Filzmaier © DUK; Andrea Reischer

EUROPA: ORTE & BEGRIFFLICHKEITEN



EUROPÄISCHE INTEGRATION



Abbildung „White Paper on the Future of Europe“

Ort Online, Ablage, Schublade (je nachdem). Abrufbar unter:
https://ec.europa.eu/commission/white-paper-future-europe-reflections-and-scenarios-eu27_de

Zum Begriff	EUROPÄISCHE INTEGRATION
Historie	Erstmals 1954 bei der Gründung der Westeuropäischen Union (WEU) verwendet. Der Vertrag von Maastricht 1992 verweist auf eine „neue Stufe“ der europäischen Integration.
Bedeutung	Die europäische Integration steht begrifflich für einen „immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker“.
Diskurs	Das „White Paper on the Future of Europe“ sehen Kritiker als substanzlos, womit es seinen Weg nicht in die Realität, sondern nur in die Archive finden könnte (vgl. der Vertrag über eine Verfassung für Europa 2004).

Währung mit Politikdefizit

In ihrem 60. Jahr steht die Europäische Union in der Krise. Welchen Anteil hat die Eurozone, der gemeinsame Währungsraum, daran? Wäre es besser, den Euro zu verabschieden?

Von Johanna Müller

In regelmäßigen Abständen, wenn die soziale und wirtschaftliche Krise der Europäischen Union einen neuen, immer jeweils vorläufigen, Höhepunkt erreicht, wird auch die Kritik an der Eurozone und der gemeinsamen Währung, dem Euro, wieder lauter. Ebenso regelmäßig reagiert die europäische Politik, und hier insbesondere Deutschland, mit einer leisen Drohung: Europa, so wiederholt es die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, steht und fällt mit der Währungsunion. Den Brexit vor Augen und inmitten eines wirtschaftlich und sozial gespaltenen Europa formulierte Wolfgang Schäuble erst Mitte März im Vorfeld der Feierlichkeiten zu den Römischen Verträgen erneut: „Wenn schon der Währungsraum als integrierter Teil Europas nicht funktioniert, dann werden wir auch Schwierigkeiten haben, das gesamteuropäische Gebilde zu verteidigen.“

Angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen könnte man mit einigem Recht behaupten, die Eurozone funktioniert nicht. Auch in den Wirtschaftswissenschaften wird das so gesehen. Ökonomen wie Joseph Stiglitz schlagen einen geordneten Rückzug aus dem Euro vor, um Europa zu retten. Neoliberale Ökonomen wie Hans-Werner Sinn plädieren dafür, Krisenländer wie Griechenland aus dem Euro auszuschließen. Ist der Euro noch zu retten oder überhaupt rettenswert? Die Beantwortung dieser Frage hängt wesentlich davon ab, was man für die Ursache der Eurokrise hält.

Eurokrise als Schuldenkrise

„Ich möchte bestreiten, dass wir es überhaupt mit einer Eurokrise zu tun haben“, sagt Gottfried Haber von der Donau-Universität Krems. „Der gemeinsame Währungsraum trägt nicht die Schuld an der Krise. Der Euro hat die Krise lediglich zu einem früheren Zeitpunkt sichtbar gemacht.“ Für den Ökonomen stellt sich die Krise vielmehr als Schuldenkrise dar. Nicht eingehaltene Budgets, eine kreditfinanzierte >>



GOTTFRIED HABER

Univ.-Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber ist Wirtschaftswissenschaftler und Universitätsprofessor an der Donau-Universität Krems. Er leitet die Fachbereiche „Management im Gesundheitswesen“ sowie „Wirtschafts- und Finanzpolitik“. Seit 2014 ist er Mitglied des Entwicklungspolitischen Beirates und seit 2013 Mitglied des Generalrates der OeNB und Vizepräsident des Fiskalrates.



STEFAN COLLIGNON

Prof. Dr. Stefan Collignon ist Wirtschaftswissenschaftler und arbeitete von 1989 bis 1999 als Forschungsdirektor der „Assoziation für die Europäische Währungsunion“ in Paris. Derzeit lehrt er Wirtschaftspolitik bzw. Sozialökonomie an der Sant'Anna School of Advanced Studies in Pisa und an der Universität Hamburg. Er ist Vorsitzender des wissenschaftlichen Rates des Centro Europa Ricerche (CER) in Rom.

Ich möchte bestreiten, dass wir es überhaupt mit einer Eurokrise zu tun haben.

Gottfried Haber

Überschuldung, Korruption und Misswirtschaft hätten strukturschwache Länder wie Griechenland in die Verschuldung geführt: „Griechenland beispielsweise konnte als Mitglied der Eurozone durch seine vermeintliche Bonität enorme Neuverschuldungen anhäufen. Wenn diese Schulden nicht zurückgezahlt werden können, hat man ein Liquiditätsproblem.“ In ähnlicher Weise sei es auch in Spanien und Portugal zu den Wirtschaftskrisen gekommen. „Man hat es den schwachen Ländern im Euroraum nicht leicht gemacht, Wirtschaftsleistung zu erbringen“, merkt Haber allerdings auch kritisch an. Zwar sei es richtig gewesen, gegenüber Griechenland, Spanien, Portugal und auch Irland rigorose Sparprogramme zu fordern, allerdings seien zusätzlich Impulse notwendig, etwa Investitionen in Bildung oder digitale Infrastruktur. Diese aber, so Haber, blieben bislang aus und prolongierten die Krise.

Problem Heterogenität

Die Heterogenität des Euroraumes gilt vielen Ökonomen und auch Politologen als unbearbeitetes Grundproblem des Euro. So argumentiert etwa der Politikwissenschaftler Fritz Scharpf, dass die Währungsunion den strukturell unterschiedlichen Volkswirtschaften mit der gemeinsamen Währung die

Möglichkeit genommen habe, über die Anpassung der Wechselkurse jene Leistungsbilanzdefizite zu verhindern, die später zu der massiven Verschuldung führten. Die an der Binnennachfrage orientierten Wirtschaften konnten ihren Wettbewerbsnachteil traditionell hoher Inflationsraten vor dem Euro durch Abwertung der jeweiligen Währung ausgleichen. Das galt auch noch innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) in den Jahren 1979 bis 1999. Mit der gemeinsamen Währung ist dies nicht mehr möglich.

Dies ist nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlers und früheren UNCTAD-Chefökonom Heiner Flassbeck nicht das einzige Problem mit der Eurozone von Beginn an. Länder wie Deutschland oder auch Österreich waren mit Gründung der gemeinsamen Währung bereits in der Pole-Position und haben ihren Vorteil systematisch ausgebaut. Er sagt: „Deutschland zum Beispiel, aber auch einige andere nordische Länder haben die Währungsunion von Anfang an dazu missbraucht, den eigenen Marktanteil zu erhöhen. Auf Kosten der südlichen Länder.“ Die enormen Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands, die derzeit bei neun Prozent liegen, sind in dieser Argumentation vorwiegend das Ergebnis jahrzehntelanger Lohnzurückhaltung in Deutschland. Da die Löhne in Deutschland über viele Jahre nicht mit der Produktivität stiegen, sei Deutschland massiv unterbewertet, erklärt Flassbeck. Deutschland profitiere von einer zweifachen Unterbewertung: Die Länder des Südens sorgen durch ihre wirtschaftliche Schwäche für einen schwachen Euro. Im Handel mit Ländern außerhalb des Euroraumes gereicht dieser Umstand Deutschland als Wettbewerbsvorteil, zugleich ist Deutschland wettbewerbsfähiger als die Länder des Südens. „Damit ist eingetreten, was nicht eintreten hätte dürfen“, sagt Flassbeck. „Ein so großes Land wie Deutschland ist doppelt unterbewertet und exportiert seine Arbeitslosigkeit in den Rest Europas. Durch den massiven Druck auf die Löhne seit den 2000er Jahren sind wir da, wo wir jetzt sind: kurz vor dem Zerfall der Eurozone.“

Stefan Collignon, Professor für Politische Ökonomie in Pisa, hält die Leistungsbilanz-

überschüsse für die „falsche Variable“. Für ihn ist der Euro kein festes Wechselkursregime, sondern eine Zahlungsunion, die genauso funktioniert wie das Geldsystem in einem Nationalstaat wie der Schweiz oder den USA. „In allen Ländern gibt es Regionen, die für längere Zeit mehr importieren als sie selbst exportieren. Das ist ganz normal. Manchmal hilft es der lokalen Entwicklung, manchmal auch nicht.“ Zu sagen, wir müssen die Leistungsbilanzungleichgewichte eliminieren, durch Ab- oder Aufwertung oder höhere Löhne in Deutschland, greift zu kurz. Wichtiger wäre zu fragen, warum die deutschen Unternehmen nicht investieren. In Deutschland sparen alle: der Staat, die Unternehmen, die Haushalte. Defizitländer wie Italien, Frankreich oder Spanien litten nicht unter dem „Exportweltmeister Deutschland“, sondern unter der geringen Binnennachfrage in der EU und –wichtiger – unter der demokratisch nicht legitimierten Austeritätspolitik. „Wenn sich die Regierungen wegen des Stabilitätspakts kein Geld leihen dürfen, können sie keine Initialzündung für Wachstum und somit keine wirtschaftliche Dynamik in Gang setzen. Wir bräuchten eine europäische Wirtschaftsregierung, die demokratisch legitimiert ist und je nach Lage der Dinge wirtschaftspolitisch korrigieren kann.“ Ein integrierter europäischer Binnenmarkt verlange nach währungspolitischer Stabilität. In diesem Sinne sei der Euro tatsächlich ein Erfolg. „Ja, wir haben eine lange Wirtschaftskrise, aber der Euro ist immer noch da“, so Collignon. „Wir haben aber keine demokratisch gewählte Regierung, die den gemeinsamen Willen der Bürger zum Ausdruck bringen könnte und eine Abkehr von der Austerität ermöglichen würde.“

Angelpunkt Deutschland

„Deutschland ist nicht das Problem“, sagt Haber. „Die Lösung kann allerdings auch nicht im Kaputtsparen bestehen, sondern indem man spart, wo es Sinn macht, und ansonsten Impulse setzt.“ Die Frage ist allerdings, wer diese Impulse setzen kann. Griechenland, Spanien, Portugal und Irland mussten bereits die Erfahrung machen, dass die Europäische Union sich über den demokratisch zum Ausdruck gebrachten

Foto: Haber © Andrea Reischer; Collignon © Marcia Lieberman; Flassbeck © Privat



HEINER FLASSBECK

Prof. Dr. Heiner Flassbeck ist Wirtschaftswissenschaftler und war von 1998 bis 1999 Staatssekretär im deutschen Bundesministerium der Finanzen und von 2003 bis 2012 Chef-Volkswirt bei der UN-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD). Er ist Honorarprofessor an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik.

Deutschland, aber auch einige nordische Länder haben die Währungsunion von Anfang an dazu missbraucht, den eigenen Marktanteil zu erhöhen.

Heiner Flassbeck

Willen für Investitionen und gegen Austerität hinweggesetzt. Heiner Flassbeck hält die Idee einer demokratischen Wirtschaftsregierung in Europa für wenig realistisch und engagiert sich in der Initiative „Eurexit“, die für einen Austritt aus dem Euro eintritt. Eigentlich ist die Lösung, die ihm vorschwebt, dass Deutschland die Löhne erhöht, begleitet von einer expansiven Fiskalpolitik, die mit einer Rückkehr zu einem flexiblen Wechselkurssystem verbunden ist. „Eurexit“ ist eine Gebärde. So soll Deutschland zu einer anderen Politik bewegt werden, weil andere Lösungen nicht wahrscheinlich sind. Deutschland sei als größter Gläubiger in der EU sehr viel mächtiger als alle anderen EU-Mitglieder, so Flassbeck. „Wir brauchen eine Drohkulisse gegenüber Deutschland, die klar macht, wie ernst die Lage ist.“ ■

EUROPA: ORTE & BEGRIFFLICHKEITEN



SOLIDARITÄT



Abbildung Demonstration gegen das Europäische Sparprogramm

Ort Syntagma-Platz in Athen, Griechenland

Zum Begriff	SOLIDARITÄT
Historie	Der Vertrag über die Europäische Union (Maastricht-Vertrag) hält in Artikel 2 als Aufgabe u. a. die Förderung der Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten fest.
Bedeutung	Gemeint ist damit vor allem der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt zwischen den EU-Mitgliedsstaaten.
Diskurs	An das Prinzip der Solidarität wurde zuletzt im Zuge der Aufteilung der Flüchtlinge und davor in Verbindung mit der Rettung Griechenlands vor dem Staatsbankrott sehr kontroversiell appelliert.

Kulturelles Erbe: Europas Chance?

Im Jahr 2000 setzte die EU in der „Lissabon-Strategie“ auf Wissen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Nun soll das reiche kulturelle Erbe das Allheilmittel für Wirtschaft, Umwelt und sozialen Zusammenhalt sein. Über Chancen und Träume seiner Nutzung.

Von Sonja Bettel

In ihrem Bericht „Getting cultural heritage to work for Europe“ fordert die „Horizon 2020“-Expertengruppe zum Kulturerbe (Horizon 2020 ist das aktuelle EU-Programm für Forschung und Innovation) die Europäische Union auf, die innovative Nutzung des Kulturerbes zu fördern. Dadurch sollen das Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze, der soziale Zusammenhalt und die ökologische Nachhaltigkeit gefördert werden.

seine Museen – der Wirkungsbereich der Stiftung Preußischer Kulturbesitz – seien sehr beliebt, sagt Hermann Parzinger, „es gehen mehr Menschen in Museen als in Fußballstadien“. Vom großen Interesse der Touristen am materiellen und immateriellen Kulturerbe profitieren die Hotellerie, die Baubranche, das Transportwesen, Restaurants, Souvenirgeschäfte und viele Wirtschaftszweige mehr.

Maßvolle Nutzung

Auch Anja Grebe, Leiterin des Departments für Kunst- und Kulturwissenschaften der Donau-Universität Krems, befürwortet die wirtschaftliche Nutzung des kulturellen Erbes und sieht noch Spielraum für neue Ideen. Wichtig sei allerdings, dass das kulturelle Erbe nicht durch die Nutzung zerstört werde. Als Beispiel nennt sie die Höhle von Lascaux in Frankreich mit ihren bedeu- >>



ANJA GREBE

Univ.-Prof. Dr. habil. Anja Grebe ist Universitätsprofessorin für Kulturgeschichte und Museale Sammlungswissenschaften und Leiterin des Departments für Kunst- und Kulturwissenschaften an der Donau-Universität Krems. Sie hat Französische Literatur, Geschichte und Kunst- und Medienwissenschaft an der Universität Konstanz und der Université Paris-Sorbonne studiert.

tenden Wandmalereien, die für Besucher gesperrt werden musste, weil diese mit ihrer Atemluft Schimmelbefall verursacht hatten. Seit 1983 kann dieses Weltkulturerbe deshalb nur mehr als Replik bewundert werden.

Tourismus ist eine große Chance, er sei aber immer auch eine Gefahr für das Kulturerbe, sagt Wilfried Lipp, Präsident von ICOMOS Austria, dem österreichischen Nationalkomitee des Internationalen Rats für Denkmalpflege – und zwar nicht nur für die Objekte, sondern auch für das Ambiente. Venedig beispielsweise leidet unter den riesigen Kreuzfahrtschiffen, die sich an der Lagunenstadt vorbeischieben und dabei die historischen Häuser der Stadt weit überragen. Die UNESCO hat deshalb im Juli 2016 sogar gedroht, Venedig nach 30 Jahren den Titel „Weltkulturerbe“ wieder abzuerkennen, wenn nicht etwas gegen die Auswüchse des Massentourismus unternommen wird.

Anreiz für Innovationen

Die Horizon-2020-Expertengruppe sieht den wirtschaftlichen Nutzen des kulturellen Erbes Europas aber nicht nur im Tourismus. Es sei auch ein Innovationsanreiz für Wachstum und Beschäftigung in einer breiten Palette herkömmlicher und neuer Wirtschaftszweige. Hermann Parzinger kann dem etwas abgewinnen: „Durch die Digitalisierung nützt die Kreativwirtschaft zunehmend das kulturelle Erbe, zum Beispiel Bildmotive für Werbung oder Plakate. Das schafft Einkommen und Arbeitsplätze für die Kreativwirtschaft und Einnahmen durch Lizenzen für die Erhalter des Kulturerbes.“ Die Digitalisierung des Kulturerbes schafft auch leichteren Zugang über das Web. Das digitale Archiv „Europeana“ bietet auf seiner Website bereits mehr als 54 Millionen Kunstwerke, Artefakte, Bücher, Videos und Audios aus ganz Europa gratis an. Virtuelle Sammlungen würden nicht die Besucherzahlen von Museen schmälern, räumt Hermann Parzinger Bedenken aus: „Die Aura der Objekte ist wichtig. Virtuelle Rundgänge ersetzen deshalb den Gang ins Museum nicht, sondern werden für die Vorbereitung des Besuchs und die anschließende Vertiefung genutzt.“

Es gibt zu wenig Bewusstsein dafür, dass jeder auch ein Kulturproduzent ist.

Anja Grebe

Die Verwertbarkeit von Kulturerbe ist immer ein wichtiger Aspekt für die Erhaltung. Die Umnutzung der ehemaligen Tabakfabrik in Krems in die „Denkfabrik“ Donau-Universität Krems sei ein schönes Beispiel dafür, sagt Anja Grebe. Wäre die Tabakfabrik als leerstehendes Denkmal erhalten worden, wäre das nicht finanzierbar gewesen. Der Campus der Donau-Universität Krems zeigt auch, dass Kultur keine statische Größe, sondern ein lebendiger Prozess ist, an dem viele Menschen teilhaben. Anja Grebe ist es wichtig, Kultur von ihrem hohen Sockel herunterzuholen und deutlich zu machen, dass jeder Mensch etwas zum kulturellen Erbe beiträgt und selbst Kultur schafft, und sei es durch die Fotos, die er mit seinem Mobiltelefon macht.

Gefahr Profitmaximierung

Ein altes Bauwerk mit einer Heizung, einem Aufzug, modernen Toiletten oder einem barrierefreien Zugang so zu adaptieren, dass es für heutige wirtschaftliche Nutzung geeignet ist, sei nicht das große Problem, sagt Wilfried Lipp, pensionierter Landeskonservator von Oberösterreich und Präsident von ICOMOS Austria. Eine Gefahr für das Kulturerbe sieht er jedoch in der Profitmaximierung „durch Entkernung, Fassadismus, Draufsetzen und überzogene Energie-

vorschriften“. Wenn nur mehr die Fassade stehenbleibe und im Kern ein Neubau aus Beton entstehe oder überdimensionale Dachausbauten aufgesetzt wurden, sei das „geförderte Zerstörung“ von kulturellem Erbe, kritisiert er. Trotz hehrer Wünsche an die Europäische Union und der Ausrufung des Jahres 2018 zum „Europäischen Jahr des Kulturerbes“ ortet er politisches Desinteresse am kulturellen Erbe: „Es gibt von allen Seiten Konzepte zur besseren Erhaltung von Baudenkmalern, aber die liegen in den Schubladen und werden nicht angewandt.“ Vieles würde den Besitz von Kulturerbe erschweren, beginnend bei den Kanalbenützungsgebühren, die auch bei einem Schloss an der Wohnfläche bemessen werden, bis zum Erbrecht, so Wilfried Lipp. Es brauchte einen gesetzlichen Anspruch auf Förderungen für den Denkmalschutz und altes Handwerk, das dafür nötig ist. Die Österreichische UNESCO-Kommission schlägt in ihrer Studie über das traditionelle Handwerk als immaterielles Kulturerbe als eine Maßnahme vor, die Mehrwertsteuer für handwerkliche Sach- und Dienstleistungen zu halbieren.

Sozialer Zusammenhalt durch Kulturerbe?

Dass das europäische Kulturerbe ein Wirtschaftsfaktor ist, der noch Steigerungspotenzial hat, kann man sich unter diesen Aspekten vorstellen. In der Horizon-2020-Strategie wird es aber auch als wichtiger Faktor für den sozialen Zusammenhalt genannt. Was ist davon zu halten? Hermann Parzinger: „Ich frage mich oft, wie es kommen kann, dass Europa in der momentanen Situation ist. Aber wenn der Zusammenhalt nur auf Wirtschaft beruht, kann das nicht funktionieren. Wir brauchen ein Bewusstsein für unsere Geschichte und unsere gemeinsame Kultur.“ Dieses zu fördern sei bisher vernachlässigt worden. „Museen und Schulen haben die Aufgabe, den Europäern eine gemeinsame Vision von Europa nahezubringen“, betont Hermann Parzinger. Er hofft, dass die 8 Millionen Euro, die die EU für das Kulturerbe-Jahr zur Verfügung stellt, dafür genutzt werden.

Der soziale Zusammenhalt könne auch dadurch gefördert werden, dass gemeinsam

Eine eierlegende Wollmilchsau, die alles kann, ist das Kulturerbe nicht.

Hermann Parzinger

darüber diskutiert wird, welches kulturelle Erbe wir erhalten wollen und welches nicht, schlägt Anja Grebe, Professorin für Kulturgeschichte an der Donau-Uni Krems, vor. Und sie kritisiert: „Die Tendenz in der heutigen Kulturlandschaft ist, dass man nur mehr konsumiert. Es gibt zu wenig Bewusstsein dafür, dass jeder auch ein Kulturproduzent ist.“ In einigen Museen gibt es zwar Workshops für Kinder, aber es gäbe sicher noch Bedarf für die Förderung einer breiten Kulturproduktion und entsprechenden Sensibilisierung.

Im Bericht der Horizon-2020-Expertengruppe wird als viertes Hoffnungsfeld für die Nutzung des kulturellen Erbes die ökologische Nachhaltigkeit angeführt. Als Beispiel werden energiesparende Maßnahmen an historischen Gebäuden genannt – also etwas, das heute eigentlich in allen Bereichen selbstverständlich sein sollte. Hermann Parzinger kommentiert das so: „Eine eierlegende Wollmilchsau, die alles kann, ist das Kulturerbe nicht.“ ■



WILFRIED LIPP

Univ.-Prof. Dr. Wilfried Lipp, Studium der Architektur, Kunstgeschichte und Volkskunde. 1992–2010 war er Landeskonservator für Oberösterreich. Seit 2002 ist er Präsident von ICOMOS Österreich, seit 2008 Mitglied des Exekutivkomitees und von 2009–2011 Vizepräsident von ICOMOS International. Zahlreiche Publikationen zu Denkmaltheorie und Denkmalforschung sowie zu Fragen des Welterbes.



HERMANN PARZINGER

Hermann Parzinger ist habilitierter Prähistoriker und seit 2008 Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Er war an der Ludwig-Maximilians-Universität München und an der Universität Frankfurt/Main tätig sowie am Deutschen Archäologischen Institut in Frankfurt/Main. Bis heute leitet er Ausgrabungs- und Forschungsprojekte und publiziert regelmäßig.

EUROPA: ORTE & BEGRIFFLICHKEITEN



FREIHEIT



Abbildung Echelon-Abhörstation „Field Station 81“

Ort Bad Aibling Station, Deutschland

Zum Begriff	FREIHEIT
Historie	Die EU-Grundrechtecharta garantiert das Recht auf Freiheit (Art. 6), das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten (Art. 8) und Informationsfreiheit (Art. 11).
Bedeutung	Datenschutz und Informationsfreiheit sind insbesondere in Verbindung mit der Nutzung von personenbezogenen Daten sowie geheimdienstlicher Überwachung in Diskussion.
Diskurs	Echelon, das geheimdienstliche Abhörsystem der USA und anderer Staaten, wurde zum Synonym des Eingriffs in Datenschutzrechte. Eine Anlage in Bayern wurde auf Empfehlung eines EU-parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Jahr 2004 geschlossen.

Der europäische Vulkan eruptiert

Die Künstlerin **Valeska Peschke** lädt mit ihrem Projekt am Campus Krems „Die Botschaft von Amikejo“ ein, Europa aus anderem Blickwinkel zu betrachten.

Interview: Heidemarie Weinhäupl

upgrade: Was ist Amikejo, und wofür steht somit Ihr Projekt?

Valeska Peschke: Das Esperanto-Wort „Amikejo“ heißt übersetzt „Ort der Freundschaft“. Gegründet wurde Amikejo im Jahr 1907 auf einem kleinen neutralen Landstrich zwischen dem heutigen Belgien, den Niederlanden und Deutschland als kleine unabhängige Republik, zumindest auf dem Papier. Die Botschaft von Amikejo ist demnach die Begeisterung für eine Republik, die in einem größeren Sinne mit einem freien Europa verbunden ist und auf dem Zusammen-Sein beruht.

Wie geht es dem Landstrich von Amikejo heute – ist diese damalige Begeisterung noch heute spürbar?

Peschke: Interessant ist, dass die Region eigentlich noch immer mit den gleichen

Problemen zu tun hat. Heute heißt diese Region zwischen Aachen, Liège und Maastricht „EUregio Maas-Rhein“ – und die Probleme des grenzüberschreitenden Lebens sind ähnlich. Wenn man dort wohnt, ist die Großmutter vielleicht Niederländerin, ein Onkel in Belgien und man selbst Deutsche. Dann hat man es einfach mit drei verschiedenen Nationen und den Gerichtsbarkeiten zu tun. Man sieht an einem solchen Ort, wo Europa funktioniert und wo es nicht funktioniert – da kommt es zusammen.

An den Grenzen wird also sichtbar, was funktioniert und was nicht?

Peschke: Ja, besonders dort mit den drei Grenzen. Da wird es fast absurd, das tägliche Leben teilweise zu einer Farce. Manche spielen das aus und gehen immer in das Land, in dem sie die besten Konditionen >>

Valeska Peschke

studierte Kunst- und Geistesgeschichte in Illinois, USA, sowie Architektur und Bildende Kunst in Berlin. Seit 1996 nimmt sie an internationalen Ausstellungen teil. Sie ist Mitbegründerin der KünstlerInnengruppe „Stadt im Regal“. Peschke wurde als Guest Artist/Gastprofessorin an das Art Center College of Design, Pasadena, USA, und an die Hochschule für Bildende Künste, Dresden, berufen.

**„Die Botschaft von Amikejo“**

Das Projekt der Künstlerin Valeska Peschke, koordiniert vom Department für Europapolitik und Demokratieforschung der Donau-Universität Krems in Zusammenarbeit mit Campus Cultur sowie vom Land Niederösterreich gefördert, thematisiert Fragen rund um Region, Raum und Zugehörigkeit. Im Vordergrund steht das Bild eines europäischen Vulkans als Symbol für radikale Veränderung einerseits, andererseits für die fruchtbringende Asche. „Amikejo“ bedeutet auf Esperanto „Ort der Freundschaft“ und verweist auf einen kleinen neutralen Landstrich zwischen Belgien, den Niederlanden und Deutschland, der sich 1907 als unabhängige Republik „Amikejo“ ausrief und damit Sinnbild für das Zusammen-Sein eines freien Europas war.

haben. Und wenn man das nicht kann, muss man sich halt ärgern und überspielt das mit dem Humor der Belgier. (lacht)

Die Botschaft von Amikejo beschäftigt sich auch mit Identitäten.

Peschke: Ein Schild, das an dem Dreiländerpunkt Vaalserberg zwischen Aachen, Maastricht und Liège angebracht ist, bringt das auf den Punkt: Mia hejmo, tiuj estas la limoj – Grenzen, das sind meine Heimat. Das verwundert einen erst mal – aber das kann man gut untersuchen. Die Botschaft von Amikejo könnte man sich auch als Botschaftsgebäude vorstellen, aber als mobiles Gebäude, das Räder hat, das unterwegs ist und das Territorium quasi mitnimmt. Somit wohnen die Grenzen der Botschaft inne.

Wie erfassen Sie diese Räume und Grenzverschiebungen?

Peschke: Als Architektin interessiert mich der öffentliche Raum, das Durchgehen dieses Raumes, die mentalen Ströme, die Landschaft, die Geologie. Ich sehe das im Gesamten – und als große Schatzkiste des

Zusammenwürfelns. Diese Schatzkiste halte ich zunächst fotografisch fest, dann zeichne ich sie. Durch Workshops, die an der Donau-Universität Krems, an der VHS in Krems und an anderen Orten abgehalten werden, komme ich mit Leuten aus der Region und darüber hinaus in Kontakt und binde diese mit ein. Eines der Zwischenergebnisse sind dann die Templates von Amikejo – Vorlagen und Repräsentationen, in diesem Fall der Region Krems –, die auch eine Einladung an andere Regionen sind, bei dem Projekt mitzumachen.

Wofür steht der aufblasbare Vulkan in Ihrem Projekt?

Peschke: Bei Vulkanen zeigt sich das noch nicht Geglättete, das noch Ungestaltete, das Raue in der Welt – und auch der Moment der Transformation, der Umwandlung zu etwas anderem. Der Vulkan wird nicht gefaltet oder gepresst, sondern von unten aus einer Quelle aufgebaut, die Ablagerungen und Überlagerungen werden sichtbar. Man hat also auf der einen Seite die Zerstörung oder radikale Veränderung, auf der anderen Seite

die fruchtbringenden Aschen, die dann wieder etwas ganz Neues aufbauen können. Das bezieht sich nicht nur auf die politische Situation der EU, aber auf diese wohl auch.

Gleichzeitig sind Vulkane auf einer tieferen Ebene auch verbunden, zeigen Sie in Ihren Ausstellungen.

Peschke: Absolut, und das gilt auch für Europa. Der isländische Vulkan Eyjafjallajökull war diesbezüglich interessant. Er hat ja nichts weiter zerstört, aber die Kommunikation, die Verbindung, das Reisen einfach lahmgelegt. Diese Aschewolke – ich habe sie damals als große Wandmalerei umgesetzt – ist ja eigentlich ein vaporisiertes Territorium in der Luft, ließ aber das ganze europäische System auseinanderbrechen. Dadurch wurde man sich wieder bewusst, wie wichtig es ist, zu reisen, wie wichtig diese Verbindungen sind. Dieser Moment war tatsächlich sehr europäisch.

Inwieweit europäisch? Weil man sich in Europa häufig auch nur dann der Verbindungen und ihrer Vorteile bewusst wird, wenn sie in Gefahr stehen, gekappt zu werden?

Peschke: Genau. Darüber hinaus fand ich aber das Bild dieses Territoriums in der Luft auch schön – man kann damit nichts machen, man kann nicht in dieses Territorium investieren, es ist einfach eine Aschewolke in der Luft, die aber durchaus Auswirkungen hatte.

Das wäre sozusagen ein mobiles Territorium und damit das Gegenteil einer national gedachten Identität.

Peschke: Ja, auch dafür stehen Vulkane. Als Atemwege des Globus verweisen sie auch auf eine globale statt nationale Sichtweise: Man sieht mal durch den Vulkan hindurch in den Schlot, in die Erde hinein – und kann vielleicht dort im Zentrum anders denken. Man sieht, dass die Territorien doch relativ begrenzt gedacht sind, dass wir Grenzen anders denken müssen. Deswegen interessieren mich diese Überlagerungen, wenn so

ein Berg sich immer weiter ausdehnt und mit einer Lage über der anderen fast mobil ist.

Umgelegt auf die europäische Integration: Hat man Ihrer Ansicht nach zu wenig Augenmerk darauf gelegt, wie diese politischen Systeme zusammengeführt werden können?

Peschke: Ja, und auch auf die Reibung und das Verschmelzen. Das Bild des europäischen Vulkans in Krems ist ja sehr fröhlich, alle Farben der Nationen werden durch diese Grafik des Vulkans verschmolzen, das erinnert dann ein bisschen an einen Lollipop. Das Eigene wird verschmolzen, ohne sich aber aufzulösen – als ob man Glas schmelzen würde. Durch den Druck, das Gewicht des Gesteins entstehen darüber hinaus auch Kristalle oder Schätze. Darauf verweisen auch die Entwürfe des Kristalles von Amikejo. Dieser Kristall ist in Vulkan-gestein gefasst und befindet sich auf einem Anhänger, der – in Zukunft, falls dies auch realisiert wird –, auch an weitere Regionen weitergereicht werden könnte.

Gleichzeitig ist der Vulkan aufblasbar – wie auch Ihr „Instant Home“, das Sie bereits im Jahr 1998 im öffentlichen Raum in Los Angeles aufgebaut haben. Worauf verweisen Sie damit?

Peschke: Beim Instant Home ging es – wie auch jetzt bei Amikejo – um den Begriff der Heimat: Wenn man, wie ich damals in den USA, als Fremde ankommt, versteht man Heimat anders. Heimat kann man finden – es ist auch gar nicht so ortsgewunden, sondern ist das, was einen in der Seele berührt. Diese Heimat kann man mitnehmen und auch an anderen Orten finden. So gesehen ist Heimat für mich etwas sehr Mobiles und hat nichts mit einem Territorium zu tun. Man nimmt einzelne Aspekte des Beheimatet-Seins mit und überlagert das. Wichtig war dabei auch, dass dieses Instant Home aus Luft war. Die Substanz, also das, wovon man denkt, dass es Sicherheit gibt, gab es gar nicht. ■

Die Donau als Marke

Mit dem internationalen Projekt DANurB haben sich die Beteiligten ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: eine gemeinsame Marke für den Donaauraum zu schaffen, die auch den Tourismus ankurbeln soll.

Von Sonja Tautermann

G

leich sieben Länder krepeln die Ärmel hoch, um aus der Donauregion eine Marke zu schaffen und deren kulturelle Identität und Solidarität zu stärken.

Neben Österreich

kommen die Projektpartner aus der Slowakei, Ungarn, Kroatien, Serbien, Rumänien und Bulgarien. Das Ziel ist die Schaffung eines umfassenden räumlichen sowie kulturellen Netzwerks, das repräsentative Städte und Ortschaften, Verwaltungen, Organisationen und wissenschaftliche Einrichtungen der sieben am Projekt beteiligten Donauländer koordiniert und miteinander verbindet. So soll eine gemeinsame strategische Vorgehensweise möglich werden, um das räumliche und kulturelle Entwicklungspotenzial im Donaauraum zu erschließen. „Mit

der Etablierung einer transnationalen Kulturmarke soll zudem die Identität dieses Raums gestärkt, der Tourismus nachhaltig ausgerichtet und die ökonomische Unabhängigkeit unterstützt werden“, sagt Christian Hanus, Dekan der Fakultät für Bildung, Kunst und Architektur an der Donau-Universität Krems.

„Bei den Projektaktivitäten wird der Fokus auf die kleineren und mittleren Städte gelegt, die oft im Schatten von infrastrukturell hoch entwickelten und viel besuchten Metropolen stehen“, ergänzt Peter Morgenstein, DANurB-Projektleiter an der Donau-Universität Krems, der auch einen ganz persönlichen Zugang zur Materie hat: „Ich bin in Bratislava – einer Stadt mit enger Beziehung zur Donau – aufgewachsen. Als Architekt habe ich immer aufs Neue die kulturelle, städtebauliche, soziale sowie ökonomische Verknüpfung der Stadt mit dem Fluss entdecken dürfen. Mir wurde

auch bewusst, dass die Potenziale nicht immer optimal ausgeschöpft werden. Die Donau ist ein kulturelles Phänomen, das heute Menschen und Nationen nicht mehr abgrenzt oder trennt, sondern verbindet.“

Donau-Limes als UNESCO-Welterbe?

Entstanden ist die Projektidee von Bálint Kádár an der Technischen und Ökonomischen Universität Budapest, dem „Lead Partner“ des Projekts. Verwertbares Wissen ist in Krems bereits vorhanden. „Die Donau-Universität Krems ist seit einigen Jahren mit der Nominierung des Donau-Limes als UNESCO-Welterbe beschäftigt. Dieses Streckenmonument verläuft entlang der Donau von Regensburg in Bayern bis zum Schwarzen Meer. Es handelt sich hierbei um eines der wichtigsten internationalen Kulturprojekte im Donaauraum“, so Hanus. Im Rahmen dieser Aktivitäten ist unter anderem auch eine Entwicklungsperspektive samt Vermittlungsstrategie zu erarbeiten und letztlich auch eine „Kulturroute“.

„Vor-Ort-Forschungsseminar“ in Krems

Die Aufgabe der Donau-Uni bei DANurB wird es sein, das kulturelle Erbe der Wachau vorzustellen. „Anhand dieser Impulse werden die Partner in den Ländern stromabwärts in den kommenden Monaten kleine Pilot-Projekte zur Verwertung von unentdecktem kulturellen und touristischen Potenzial entwickeln“, sagt Morgenstein. So fand im März in Krems bereits eine Art „Vor-Ort-Forschungsseminar“ statt, bei dem Expertinnen und Experten aus den beteiligten Donauländern sowie Architektur- und Raumplanungs-Studierende aus Serbien, Ungarn, Österreich und der Slowakei teil-

nahmen. Dabei wurde die Region etwa mit einer Sonderfahrt mit der Wachaubahn, mit dem Bus und mit der Fähre erkundet. Natürlich durfte dabei auch das lokale kulturelle und kulinarische Angebot der Wachau nicht fehlen. „Einerseits wurden in einer Serie von Partnerworkshops erste konkrete Überlegungen zu der Struktur einer gemeinsamen DANurB-Strategie erarbeitet sowie die Entwicklung einer Austauschplattform, Verwertung von urbanem Kulturpotenzial, Raumanalysen und wissenschaftliche Methoden diskutiert. Andererseits erarbeiten parallel dazu internationale gemischte Studentengruppen raumplanerische Studien der Natur- und Kulturlandschaft Wachau“, so der Projektleiter. „Besonders motivierend war für die Studierenden der Umstand, dass ihre Projektergebnisse, inhaltlich Eingang in das Projekt finden“, fügt Hanus hinzu.

Weitere solcher „Vor-Ort-Forschungsseminare“ sind geplant, etwa in den Städten Štúrovo (Slowakei) und Esztergom (Ungarn). So soll schrittweise die transnationale DANurB-Plattform entstehen, die das unentdeckte Kulturpotenzial entlang der Donau mit den Stakeholdern zu einem kulturellen Netzwerk verbindet, sowie räumliche Studien, die eine Stadtypologie anhand ihrer Beziehung und Lage zur Donau ersichtlich machen. In der zweiten Projekthälfte folgt die gesamtheitliche DANurB-Strategie. Die Highlights werden auch touristisch zugänglich gemacht: „Ein Produkt für die lokale Bevölkerung sowie für Touristen wird eine Auswahl von Touren zu den unerkundeten kulturellen Schätzen entlang der Donau sein, die mittels einer App angeboten werden, um das Interesse und die Bewusstseinsbildung zur gemeinsamen Identität aufzubauen.“ ■



PETER MORGENSTEIN

Ing. arch. Peter Morgenstein, PhD studierte Architektur an der Slowakischen Technischen Universität in Bratislava. Er ist wissenschaftlicher Assistent der Donau-Universität Krems am Department für Bauen und Umwelt und leitet hier das DANurB-Projekt. Sein Forschungsschwerpunkt ist Solarer Städtebau.



CHRISTIAN HANUS

Univ.-Prof. Dipl. Arch. ETH Dr. Christian Hanus studierte Architektur an der ETH Zürich. Er ist Dekan an der Fakultät für Bildung, Kunst und Architektur an der Donau-Universität Krems. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist die Entwicklung von Kulturlandschaften.

Fotos: Donau-Universität Krems, Andrea Reischer



DIE KOOPERATION

DANurB: DANube Urban Brand

Eine regionale Vernetzung durch Tourismus und Bildung zur Stärkung der kulturellen Identität und Solidarität der „Donau“

Gesamte Liste unter: www.interreg-danube.eu

Auftraggeber

Kofinanzierung durch die Europäische Union (Interreg Danube Transnational Programme)

Partner

Insgesamt 20 Projekt-Partner und 19 assoziierte Partner

darunter:

7 Universitäten
3 Forschungsinstitute
3 soziale/kulturelle NGOs
2 touristische Unternehmen
6 touristische Organisationen
7 regionale Verwaltungen
11 Stadtverwaltungen

Laufzeit

01.01.2017 bis 30.06.2019



Für ein faires Urheberrecht

***Clemens Appl** ist Österreichs erster Professor für Internationales, Europäisches und Österreichisches Urheberrecht. Appls Credo: Ein modernes Urheberrecht muss Urheberinnen und Urheber im Blick behalten und für Nutzende handhabbar werden. In einem Forschungsprojekt gemeinsam mit einer höheren berufsbildenden Schule erarbeitet er beispielsweise dazu ein Anforderungsprofil an das Urheberrecht.*

Von Astrid Kuffner

D

as Urheberrecht steckt im analogen Zeitalter fest. In Kontinentaleuropa orientiert es sich als Persönlichkeitsrecht an den künstlerisch Schaffenden, schützt ihre kreative Leistung vor unbefugter Benutzung, wie zum Beispiel Kopie, Aufführung, Bearbeitung bis hin zur Entstellung und wahrt wirtschaftliche Interessen, Stichwort Tantiemen. In der analogen Ära von Konzertsaal, Schallplatte und Ölgemälde kam das Publikum kaum in Konflikt mit dem Urheberrecht, in der digitalen Ära passiert das immer wieder. Die Mission von Clemens Appl, Jurist mit Fachgebiet Geistiges Eigentum an der Donau-Universität Krems: das Urheberrecht in die Jetztzeit holen und verständlich gestalten, damit es wirksam werden kann.

Vom Trägermedium zur digitalen Verfügbarkeit

„Das digitale Umfeld ist unkörperlich. Streaming oder Cloud-Dienste, live oder On-demand-Übertragungen können nicht an Trägermedien festgemacht werden. Deshalb weist die Speichermedienvergütung in die Vergangenheit. Neue Vergütungsmodelle werden erforderlich“, erklärt Clemens Appl. Digital sind kreative Werke ohne Qualitätsverlust kopierbar, sie sind beliebig übertragbar und die Sharing-Kultur bewirkt, dass privat nicht mehr privat ist. Clemens Appl gibt ein Beispiel: „Wer ein Urlaubsvideo mit Musik unterlegt und es statt im Wohnzimmer Freunden vorzuführen auf YouTube veröffentlicht, trägt Privates via Social Media in eine urheberrechtlich relevante Öffentlichkeit.“ Werknutzung ist heute oft nicht mehr passive Rezeption, sondern überlappt mit eigenem Schaffen. Produktion und Konsum kreativer Inhalte verschmelzen zunehmend.

Seit 2015 leitet Clemens Appl das Sparkling-Science-Projekt „Vom User-Generated-Content zum User-Generated-Copyright“

und öffnet so eine Tür von der Rechtswissenschaft in die Empirie. Mit dem Open-Science-Ansatz werden Schüler und Schülerinnen zu Forschenden. In der Oberstufe kommen sie meist in Kontakt mit dem Urheberrecht: Sie bereiten Referate oder eine vorwissenschaftliche Arbeit vor, es wird ein Schulvideo gedreht oder Plakate werden gestaltet. Den Austausch empfindet Appl als unglaublich wertvoll, weil eine gesellschaftlich wirksame Forschung die Rückkoppelung mit der Gesellschaft benötigt. Gemeinsam mit Digital Natives und einem sozialwissenschaftlichen Methodenset erarbeitet der Jurist und ausgebildete Wirtschaftsingenieur ein Anforderungsprofil für das Urheberrecht im Bildungsbereich.

Unverständlichkeit führt zu Akzeptanzverlust

Mit dem TGM in Wien, Partnerschule im Sparkling-Science-Projekt, wurde herausgearbeitet: Es gibt ein latentes Bewusstsein für Urheberrecht und auch einen intuitiven Zugang dazu, aber die aktuelle Rechtslage ist so undurchschaubar, dass sie kaum eingehalten wird. „Jugendliche und Lehrende gehen davon aus, dass sie weniger dürfen, als erlaubt wäre. Die Grenzlinie ist unscharf und das Gesetz für Laien unverständlich“, kritisiert Appl. Vieles wird erst durch Höchstgerichte im Einzelfall entschieden. Clemens Appl vergleicht den Schutz geistigen Eigentums mit einem eingezäunten Grundstück. Die Grundregel lautet: Benutzen darf das Grundstück, wem es der Besitzer erlaubt. Es bestehen jedoch auch gesetzlich geregelte Freiheiten zugunsten der Nutzenden, u. a. die Kopie für private Zwecke, die Aufführung im privaten Bereich, das Zitat, das beiläufige Erfassen urheberrechtlich geschützter Werke und bestimmte Nutzungen im Bildungsbereich. Erweiterungen dieses Katalogs freier Werknutzungen erfordern eine umfassende Interessenabwägung: Es kann nicht allein den Nutzen überlassen werden, den Zaun nach Belieben zu durchlöchern oder zu verschieben.

Das Urheberrecht ist mitten in der Gesellschaft angekommen. Das erschwert den Interessenausgleich und macht einen breiten öffentlichen Diskurs notwendig. Aus der laufenden Studie lässt sich abschätzen, dass sich bereits im geltenden Urheberrecht gut abbilden lässt, was im Bildungsbereich benötigt wird. Dabei stehen Urheberinnen und Urheber sowie ihre Beziehung zu Nutzerinnen und Nutzern im Fokus. Für die Weiterentwicklung sieht Clemens Appl passende Instrumente bereits entwickelt, aber unzureichend genutzt. „Weil der Nutzer Teil des Problems ist, kann man ihn bei der Lösung nicht außen vor lassen. Es braucht ein europaweit abgestimmtes Vorgehen und einen großen Wurf statt Reförmchen“, so Appl. Wenngleich er den Dialog mit der Praxis sucht und Rechteinhaber wie Nutzende mit seiner Expertise unterstützt, hält er sich aus dem Kleinkrieg um Formulierungen und Partikularinteressen heraus. Für den technisch interessierten und im IP/IT-Recht versierten Juristen böte eine evidenzbasierte Gesetzgebung die Möglichkeit, mit aktuellen Entwicklungen Schritt zu halten oder – noch besser – diese steuernd zu antizipieren. Einige Dinge bleiben aber auch im Leben des Technikfans immer analog: das Spielen mit seinen beiden kleinen Söhnen, Kaffeetrinken und Bücher. ■

Foto: © Walter Skokanitsch



Univ.-Prof. Ing. Dr. **Clemens Appl**, LL.M. studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien, Promotion 2010 über „Technische Standardisierung und Geistiges Eigentum“. Von 2006 bis zum Ruf an die Donau-Universität 10/2016 in der IT|IP-Law Group der Wirtschaftsuniversität Wien, Forschungsprojekt zu Prosumung und Geistiges Eigentum mit wissenschaftlichen Partnern in Hongkong, seit 1/2015 Sparkling-Science-Forschungsprojekt „User-Generated-Copyright“ (www.u-g-c.at).

Weil der Nutzer Teil des Problems ist, kann man ihn bei der Lösung nicht außen vor lassen.

Clemens Appl

ANZEIGE



Umfassendes steuerliches Spezialwissen für die Immobilienbranche auf 0,021m².

Jetzt kostenlos die Broschüre bestellen und profitieren: service@tpa-group.at oder unter www.tpa-group.at

tpa

Ein disziplinierter Werdegang

Christian Rieser ist Berufssoldat. Zum militärischen Morgenappell tritt er trotzdem nicht an. Dann schon eher zum Teammeeting. Sein Arbeitsplatz ist auch keine Kaserne, sondern die österreichische Militärvertretung der NATO in Brüssel.

Von Ilse Königstetter

E

ine Karriere beim österreichischen Bundesheer war für den gelernten Tischler zunächst gar kein Thema. Im Gegenteil. „Zum Militär kam ich wie die Jungfrau zum Kind“, erinnert sich Christian Rieser und lacht. „Ursprünglich hatte ich mich nämlich für den Zivildienst entschieden.“ Da es für diesen aber längere Wartezeiten gab, landete er schließlich doch in der Grazer Gablenz-Kaserne und dort – naheliegenderweise – in der Tischlerei. Schnell stellte der damals 19-Jährige fest, dass er sich mit der Ordnung und den geregelten Strukturen, die ein Dienst beim Bundesheer mit sich bringt, wohl fühlte. Die Tatsache, dass im Alltag dort alle gleich sind, kam seinem Sinn für Gerechtigkeit entgegen. Dass er seine Ausbilder und Kommandanten stets als wohlwollend und fürsorglich erlebte, tat ein Übriges. „Ich bin kein Alpha-Tier, sehr anpassungsfähig und gut erzogen“, übt sich

Rieser in bescheidener Selbstcharakteristik. Damit und mit anderen Kompetenzen muss er ziemlich angenehm aufgefallen sein. Denn unerwartet wurde er eingeladen, eine berufliche Laufbahn beim Bundesheer einzuschlagen. Obwohl er anfänglich nicht ganz sicher war, die richtige Entscheidung getroffen zu haben, absolvierte er die Ausbildung an der Heeresoffiziersakademie in Enns. Schnell eröffneten sich neue Aufgabengebiete. Die Tischlerei wurde an den Nagel gehängt und gegen den Fachbereich Logistik eingetauscht. Rieser: „Dann war ich für den Nachschub an Geräten, Munition, Ersatzteilen u. v. m. verantwortlich.“

Vom Tischler zum Kommunikationsexperten

Durch den Wechsel in die Grazer Belgier-Kaserne zum Streitkräfteführungskommando kam der Steirer erstmals mit dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit in Berührung. Ein Betätigungsfeld, in dem auch viele Veranstaltungen und Events, wie etwa ein jährlicher Ball für Offiziere und Unteroffiziere

mit rund 2000 Gästen, zu organisieren waren. Eine solche Tätigkeit eröffnet viele Kontakte. Einer davon machte Rieser mit einem Lehrgang für journalistische Arbeitstechniken an der Donau-Universität Krems bekannt. „Dort hörte ich auch von der Möglichkeit eines berufsbegleitenden Fernstudiums zum akademisch geprüften PR-Berater, das mich sehr interessierte“, berichtet Rieser. Den hingte er dann gleich an. 2013 entschloss sich der Unteroffizier erneut zum weiterführenden PR PLUS Fernstudium Communications, diesmal mit Masterabschluss. Der Aufwand, der einem von einem berufsbegleitenden Studium abgenötigt wird, konnte den an Disziplin gewöhnten Soldaten nicht erschrecken: „Für die Veranstaltungen mit Anwesenheitspflicht nahm ich mir eben Urlaub.“

Als sein Chef zum Leiter der österreichischen Militärvertretung der NATO nach Brüssel berufen wurde, wünschte er sich einen talentierten jungen Mitarbeiter an seiner Seite. Christian Rieser ließ sich nicht lange bitten und begleitete seinen Kommandanten im Frühjahr 2013 in die belgische Hauptstadt. Dort wartete eine Fülle neuer Aufgaben auf den PR-Experten: die gesamte Kommunikation innerhalb der Militärvertretung, die Betreuung des Intranets, interne Aussendungen, Meetings zum Thema Öffentlichkeitsarbeit, Social-Media-Workshops, der Support der Facebook-Seite, aber auch die Organisation von Veranstaltungen und Charity-Events, u. v. m. Neben der Eingewöhnung in eine neue, fremde Umgebung und einen internationalen Tätigkeitsbereich war das zusätzliche Verfassen seiner Masterthese selbst für den sehr gut organisierten Rieser eine ziemliche Herausforderung: ein intensiver Vollzeitjob, das Schreiben einer wissenschaftlichen Arbeit, die Reisen zu den universitären Lehrveranstaltungen nach Krems und ständiges Pendeln zwischen Brüssel und Düsseldorf, um eine passende Bibliothek benützen zu können. Und dann ist da ja auch seine Tochter Paula aus erster Ehe, acht Jahre alt und sein ganzer Stolz, die er regelmäßig sehen will. Dass er bei einer der Lehrveranstaltungen des Kremser Masterstudiums auch seine zweite, in Düsseldorf lebende Frau kennenlernte, machte das Pendlerleben dann gleich viel attraktiver. Als Ausgleich zu seinem for-

Foto: © Privat



dernden Lebensstil schlüpft er regelmäßig in seine Laufschuhe und joggt ausgiebig durch die Natur. Um sich während der Woche nicht dem stauanfälligen Brüsseler Straßenverkehr auszusetzen, bewältigt der passionierte Sportler seinen Arbeitsweg mit dem Fahrrad. Ehefrau Kathleen, die Christian Rieser 2016 im heimatlichen Köflach geheiratet hat, teilt neben vielen anderen Interessen auch seine sportlichen Hobbys Skilaufen und Kitesurfen.

Sich in Marsch setzen

Sein Masterstudium sieht Christian Rieser aus zwei Perspektiven: „Zum einen war das Studium für meine persönliche Weiterentwicklung sehr wichtig. Auf der anderen Seite eröffnet es mir aktuell auch beruflich viel mehr Möglichkeiten, entweder eine höhere Position im Militär oder auch in der freien Wirtschaft anzustreben.“ Wohin die berufliche Reise Ende Juli gehen wird, ist derzeit noch offen. In Frage kommen sowohl ein neuer Arbeitsplatz im Raum Düsseldorf als auch eine Rückkehr nach Österreich. Möglichst an einem Ort gemeinsam mit Gattin Kathleen sollte es schon sein, denn vom Pendlerdasein will sich das Paar dann doch gerne endlich verabschieden. ■

Christian Rieser, MSc., geboren 1974 in Villach/Kärnten, aufgewachsen in Köflach/Steiermark. Nach absolvierter Tischlerlehre und Ableistung seines Wehrdienstes blieb er als Berufssoldat beim österreichischen Bundesheer. Derzeit ist er im Dienstrang eines Offiziersstellvertreters Kommunikations- und PR-Experte bei der österreichischen Militärvertretung der NATO in Brüssel. Zwischen 2011 und 2014 studierte Rieser an der Donau-Universität Krems Public Relations und in der Folge das PR PLUS Fernstudium Communications MSc. 2014 graduierte er zum Master of Science.

Alumni-Club

Blue Hour

Für Europas Freiheit kämpfen

Gibt es eigentlich die eine europäische Kultur? Hat Europa einen gemeinsamen Wertekanon? Und wohin geht Europa? Die Blue Hour stellte Europa zur Debatte.

Kriege und Kultur würden Europa nach Umberto Eco verbinden, so Irene Etzersdorfer. Für eine europäische Kultur stünden heute die Werte eines universalistischen Menschenbildes und der Gleichheit. Wenn es um die Freiheit als Wert gehe, sei die amerikanische Revolution im 18. Jahrhundert erfolgreicher gewesen als die französische, denn die USA schafften es, Freiheit in der Verfassung sowie in Institutionen einzuschweißen.

Die Frage nach einer europäischen Kultur sei falsch, denn Kultur könne nicht vereinheitlicht werden, sie sei vielfältig, einen müsse uns die Gleichheit vor dem Recht, so Ulrike Guérot. Liberté, égalité, fraternité seien die Ausgangsbasis für Europas Werte, der zentrale Wert Europas die Rechtsstaatlichkeit, doch sie werde derzeit vom Populismus ausgehöhlt.

Neben der Rechtsstaatlichkeit, so Vedran Džihic, seien auch die Grund- und Menschenrechte zu benennen. Sie seien der Lackmestest für illiberale Regime, so Džihic, deren Ausbreitung ein dramatischer Moment für Europa und seine Zukunft. Nach der Euphorie der Beitrittswellen zur EU in den 1990er und frühen 2000er Jahren gebe es heute eine starke Gegnerschaft zu einem liberalen Modell Europas.

Populismus als wachsende Gefahr

Zentrale Gefahr für Europa sei der wachsende Populismus. Europa sollte, so Guérot, vor allem Jungen nicht nur Individualisierung anbieten, sondern „Gemeinschaft“ vermitteln. Genau dies würden Rechtsparteien gezielt für sich nützen. Einig waren sich Guérot, Etzersdorfer und Džihic, dass die Freiheit in Europa verteidigt werden müsse und Passivität keine Option sei.

www.donau-uni.ac.at/alumni



Diskutierten zu Europa bei der Blue Hour am 1. Februar im Wiener Leopold Museum: die Politikwissenschaftlerinnen Ulrike Guérot, Donau-Universität Krems, und Irene Etzersdorfer, Universität Wien und Politikwissenschaftler Vedran Džihic, oip.

Alumni-Club-Termine

- 17.05.2017 Alumni-Stammtisch Frankfurt/Mainz (D)
- 01.06.2017 Alumni-Stammtisch Eisenstadt
- 14.06.2017 Alumni-Stammtisch Salzburg
- 22.06.2017 Alumni-Stammtisch Köln (D)
- 22.06.2017 Alumni-Stammtisch Krems
- 23.06.2017 Alumni-Stammtisch Innsbruck
- 23.06.2017 Alumni-Stammtisch Graz
- 27.06.2017 Alumni-Stammtisch Berlin (D)
- 29.06.2017 Alumni-Stammtisch München (D)



Kunst & Kultur

donaufestival – redefining arts

Du steckst mich an.

„Du steckst mich an.“, der Festivaltitel des donaufestivals 2017, bezieht sich auf den Begriff der Empathie, der sich als Leitmotiv wie ein roter Faden immer wieder durch das Programm zieht. Der neue künstlerische Leiter Thomas Edlinger, die diesjährige Kuratorin für Performance Bettina Kogler und das bewährte Team des donaufestivals machen mit ihrem intensiven Programm Krems erneut zu einem Hotspot abenteuerlicher Ästhetiken jenseits aller Genre Grenzen.

28. April bis 6. Mai 2017
www.donaufestival.at



Festspielhaus St. Pölten

Lemi Ponifasio: MAU Wahine



Vor 20 Jahren gründete der international renommierte Choreograf und Regisseur Lemi Ponifasio MAU als transformative Kraft – eine Zusammenarbeit mit Communities, Künstlerinnen und Künstlern aus aller Welt. Ursprünglich Name der samoanischen Unabhängigkeitsbewegung, bedeutet MAU frei übersetzt die Deklaration einer Wahrheit oder eines Standpunkts.

Weltpremiere am 20. Mai 2017, 19.30 Uhr
www.festspielhaus.at

Festival

Glatt & Verkehrt

Einen Monat lang lädt das renommierte Festival wieder zu traditioneller und zeitgenössischer Musik aus aller Welt an viele idyllische Orte in und rund um die Wachau. Den krönenden Abschluss bilden wie immer die fünf Thementage bei den Winzern Krems/Sandgrube 13.



www.glattundverkehrt.at/de

WEITERE TERMINE

Skandal!

Rückblende-Gespräch

mit Gertraud Cerha, Friedrich Cerha und Kurt Schwertsik. Moderation: Gundula Wilscher
Archiv der Zeitgenossen, 24. Mai 2017, 19.00 Uhr
www.archivderzeitgenossen.at



Globalisiertes Wissen

Kremser Kamingespräch

Univ.-Prof. Dr. Anja Grebe, Leitung Department für Kunst- und Kulturwissenschaften, Donau-Universität Krems

Johannes Gutmann, Geschäftsführer Sonnentor

Eintritt frei, Anmeldung erbeten!
Mi, 14.6.2017, 18.00 Uhr
Haus der Regionen, Krems-Stein

Haus der Regionen
Volkskultur Europa
www.volkskultureuropa.org/

Campus Krems

Konferenz

Bildung in Europaregion Donau-Moldau vernetzen

Die Europaregion Donau-Moldau (EDM) als attraktiver Bildungsstandort stand im Mittelpunkt der am 20. Jänner an der Donau-Universität Krems abgehaltenen EDM-Fachkonferenz. Das Land Niederösterreich, vertreten durch Landesrätin Barbara Schwarz, übergab dabei den EDM-Vorsitz an Niederbayern. Seitens der Donau-Universität Krems fasste Vizerektorin Monika Kil die gesellschaftlichen Effekte lebensbegleitenden Lernens zusammen und betonte die Bedeutung der Durchlässigkeit im Rahmen von Lifelong-Learning-Konzepten. Lebensbegleitendes Lernen habe zahlreiche Wirkungen für Regionen wie bessere soziale Inklusion, so Kil. www.evropskyregion.cz/de



V. l. n. r.: Mag. Friedrich Faulhammer, Rektor der Donau-Universität Krems, Univ.-Prof. Dr.ⁱⁿ Helga Kromp-Kolb, Universität für Bodenkultur, Univ.-Prof. Dr. Martin Gerzabek, Rektor der Universität für Bodenkultur.

Allianz nachhaltige Universitäten

Donau-Universität Krems tritt Allianz bei

Am 13. Jänner 2017 trat die Donau-Universität Krems als 10. Mitglied der Allianz Nachhaltige Universitäten bei. Rektor Friedrich Faulhammer unterzeichnete anlässlich des 18. Expertentreffens das Memorandum of Understanding. Ebenso im Jänner 2017 hat Rektor Faulhammer die Beitrittserklärung zum Climate Change Center Austria, kurz CCCA, unterzeichnet. Die Allianz Nachhaltige Universitäten in Österreich unter derzeitigem Vorsitz des Rektors der Universität für Bodenkultur, Univ.-Prof. Dr. Martin Gerzabek, versteht sich als informelles, offenes Netzwerk zur stärkeren Verankerung von Nachhaltigkeitsthemen an den Universitäten.

Ebrung

Verdiente Persönlichkeiten

In einem Festakt am 16. Februar würdigte die Donau-Universität Krems die Verdienste dreier Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Wissenschaftspolitik: Prof. Gerhard E. Ortner erhielt den Ehrenring, Dr. Joachim Rössl die Ehre senatorenschaft und Prof. Michael Schimek die Ehrenprofessur der Donau-Universität Krems. Die Feier fand unter Anwesenheit von Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Johanna Mikl-Leitner in Vertretung von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll statt.



V. l. n. r.: Laudator Rektor Mag. Friedrich Faulhammer, Laudatorin Univ.-Prof. Dr. Gudrun Biffl, Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Johanna Mikl-Leitner, Dr. Joachim Rössl, ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Dr. Michael G. Schimek, MPhil (Bath Univ.), Univ.-Prof. Dr. Dr. Gerhard E. Ortner, Vizerektorin Univ.-Prof. Dr. phil. habil. Monika Kil, Vizerektorin Univ.-Prof. Dr. Viktoria Weber, Senatsvorsitzender Univ.-Prof. Dr. Christoph Gisinger

Fotos: S. 50 © Lisa Bohunovsky; Gartlehner © Christa Janczer; © Andrea Reischer

Gewählt

Gerald Gartlehner im „Cochrane Board“



Als Direktor von „Cochrane Österreich“ setzt sich Univ.-Prof. Dr. Gerald Gartlehner mit seinem Team am Department für Evidenzbasierte

Medizin und Klinische Epidemiologie der Donau-Universität Krems bereits seit 2010 für wissenschaftlich verlässliche Entscheidungen im heimischen Gesundheitssystem ein. Ende Jänner 2017 wurde Gartlehner ins internationale „Cochrane Board“ gewählt und wird die weltweite Arbeit der angesehenen Non-Profit-Organisation mitgestalten.

Europatag

Neues Department mit Kunstprojekt eröffnet

Für den 27. April 2017 lud das Department für Europapolitik und Demokratieforschung unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. Ulrike Guérot anlässlich seiner offiziellen Eröffnung ins Audimax der Donau-Universität Krems ein. Neben einem Vortrag des Schriftstellers Robert Menasse wurde auch das in Kooperation mit Campus Cultur durchgeführte Kunstprojekt „Die Botschaft von Amikejo“ präsentiert: Die Künstlerin Valeska Peschke enthüllte dabei die Skulptur „Europa umstülpen“ und präsentierte das gemeinsam mit Kremserinnen und Kremsern konzipierte Kleid der Europa.

Trends & Termine

Ausstellung

Das erste Gold Europas



Seit 2016 erforschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Österreichischen und der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften einen archäologischen Sensationsfund aus dem ältesten bekannten prähistorischen Goldbergwerk Europas: Ada Tepe im bulgarischen Rhodopengebirge, in Betrieb von 1500 v. Chr. bis zum Ende der Bronzezeit um etwa 1000 v. Chr. Ausgewählte Objekte werden nun erstmals in der bis 25. Juni laufenden Ausstellung

„Das erste Gold“ im Kunsthistorischen Museum Wien gezeigt. Im Zentrum: der Schatzfund von Vălčitrân mit etwa 12,5 kg Gold.

www.khm.at

Forschung

Demenzforschung im Zentrum

Ein Forschungsneubau wurde an die 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE) am Standort Bonn übergeben. Mit dem 127 Millionen teuren Gebäude auf dem Campus des Bonner Universitätsklinikums können in Zukunft international hochkarätige Forschende eng unter einem Dach zusammenarbeiten. Am DZNE erforschen sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede verschiedener Gehirnerkrankungen mit dem Ziel, neue präventive und therapeutische Ansätze zu entwickeln. Ein Schwerpunkt ist das Thema Demenz.

www.dzne.de

Topmanagement

Offline-Formate bevorzugt

Eine „intelligente Mischung aus klassischen Präsenzveranstaltungen und digitalen Formaten“ wird von deutschen Unternehmen bei der Weiterbildung ihrer Manager präferiert. Beim Topmanagement sind dagegen weiterhin Einzelcoachings und Workshops die beiden beliebtesten Trainingsformate. Das ergab eine aktuelle Studie der Personal- und Managementberatung Kienbaum. Digitale Angebote hätten bei der Weiterbildung von Topmanagern auch künftig nur ergänzenden Charakter.

Studie abrufbar unter: <http://assets.kienbaum.com/downloads/Future-Management-Development-Studie-2017-Kienbaum.pdf>

Conference

Rethinking culture

Aarhus University is hosting the 11th conference of University Network of the European Capitals of Culture. UNeECC is a unique academic network since its member universities are all located in cities which have been, are or will be European Capitals of Culture, like Linz in 2009. UNeECC not only aspires to stimulate regular academic cooperation between its members, but also aims at developing and reshaping the universities' regional position.

RE-Value – Rethinking the value of arts and culture, 8–11 November 2017. www.uneecc.org

Award

Outstanding European Architecture

The European Commission and the Fundació Mies van der Rohe have recently announced the five finalists which will compete for the 2017 European Union Prize for Contemporary Architecture – Mies van der Rohe Award. One of the stunning finalist projects: Kannegård in Ribe by Lundgaard & Tranberg Architects; The award ceremony will take place end of May in Barcelona. www.miesbcn.com



Fotos: Kirchengemeindezentrum; © Anders Sune Berg

Bücher



Kompass für den Kontinent

Terrorangriffe, Flüchtlingskrise, wirtschaftlicher Niedergang und die Turbulenzen der Gemeinschaftswährung: Auswege aus den unzähligen Krisen hin zu einem neuen Europa, das den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen ist, zeigen Gottfried Heller, Ulrich Horstmann und Stephan Werhahn: wie Europa gegenüber der globalen Konkurrenz bestehen kann, wie die inneren und äußeren Spannungen abgebaut werden können, wie der Kontinent entfesselt werden kann, um die digitale Revolution zu bestehen, und was die Bürger dafür tun können.

SOS Europa: Wege aus der Krise – Ein Kompass für Europa
Gottfried Heller, Ulrich Horstmann, Stephan Werhahn
FBV Verlag 2016



Bürgerrepublik Europa

Der eigentliche Souverän ist die Bürgerin, der Bürger. Das ist Ulrike Guérots zentrale These, mit der sie ihre Utopie einer europäischen Republik begründet. Dort hätten alle Bürger gleiche Rechte. Europa wäre eine Ansammlung von Regionen, die Rechtstaatlichkeit und mit Parlament sowie Zwei-Kammer-System ein anderes politisches Vertretungssystem einte, als dies heute der Fall ist. Nationalstaaten sind dann Geschichte, sie pervertierten ohnehin nur die europäische Idee. Die Trilogie aus Kommission, Rat und Parlament sei jedenfalls zum Scheitern verurteilt.

Warum Europa eine Republik werden muss!
Ulrike Guérot
Dietz Verlag 2016



Pragmatiker der Einigung

Der Mann, der als „Vater Europas“ gilt, Jean Monnet, war nie gewählter Mandatar oder Politiker. Dennoch verdankt der Kontinent dem französischen Unternehmer einen in der Geschichte nie dagewesenen Einigungsprozess. Monnet, nach dem dtuzende Lehrstühle benannt sind, setzte mit der Realisierung des Schuman-Plans den Grundstein der europäischen Einigung. Der Aachener Historiker Klaus Schwabe bringt das gedankliche Konzept und den geschichtlichen Hintergrund von Monnets politischer Leistung beim Aufbau eines vereinten Europas nahe.

Jean Monnet. Frankreich, die Deutschen und die Einigung Europas.
Klaus Schwabe
Nomos Verlagsgesellschaft 2016

Master-Thesen

EU-Flüchtlingspolitik

Die Arbeit analysiert den Stellenwert der Dublin III-Verordnung als zentrales Element des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und die Rolle der Agentur Frontex in der Bewältigung der Migration über das Mittelmeer als Spannungsfeld der EU-Flüchtlingspolitik.

Die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union
Eva Bermadinger
Donau-Universität Krems, 2016

TTIP wissenschaftlich

Politisch zwar auf Eis gelegt, sind die Verhandlungen zum TTIP-Abkommen offiziell nicht abgeschlossen. Davon am stärksten diskutiert sind die Schiedsgerichte, die die Master-These ebenso wie das gesamte Investitionsrechtssystem wissenschaftlich analysiert.

Die Investitionsgerichtsbarkeit in der „Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft“ TTIP
Delina Minutilli
Donau-Universität Krems, 2016

Impressum

upgrade:

Das Magazin für Wissen und Weiterbildung
der Donau-Universität Krems (ISSN 1862-4154)

Herausgeber:

Rektorat der Donau-Universität Krems

Medieninhaber:

Donau-Universität Krems,
Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30, A-3500 Krems

Chefredakteur: Stefan Sagl,

Donau-Universität Krems
E-Mail: stefan.sagl@donau-uni.ac.at

Verantwortlicher Redakteur:

Roman Tronner

E-Mail: roman.tronner@donau-uni.ac.at

Autorinnen & Autoren dieser Ausgabe:

Sonja Bettel, Brigitte Ederer, Gerhard Gensch,
Ilse Königstetter, Astrid Kuffner, Gunnar Landsgesell,
Johanna Müller, Oona Kroisleitner, Eva-Maria
Stöckler, Sonja Tautermann, Tanja Traxler,
Heidemarie Weinhäupl

Layoutkonzept: ki 36, Sabine Krohberger**Grafik:** buero8, Thomas Kussin**Schlusslektorat:** Josef Weilguni**Fotostrecke:** Abteilung für Kommunikation,
Marketing und PR**Leser- und Abonnementsservice:**

Renate Hametner

Telefon: +43 (0)2732 893-2246

E-Mail: upgrade@donau-uni.ac.at

Herstellung: sandlerprint&more,
Johann Sandler GesmbH & Co KG, A-3671 Marbach**Auflage:** 15.500**Erscheinungsweise:** vierteljährlich

Ausgabe 3.17 erscheint im Sommer 2017

Gender-Hinweis: Im Sinne einer besseren
Lesbarkeit unserer Artikel verwenden wir die
maskuline oder feminine Sprachform.

Dies impliziert jedoch keine Benachteiligung des
jeweils anderen Geschlechts.

Disclaimer: Für die Richtigkeit der wieder-
gegebenen Inhalte und Standpunkte wird keine
Gewähr übernommen.

Vorschau 3.17

Das Ende der Reparaturmedizin

Der große Paradigmenwechsel in der Medizin heißt Vorsorgen und Regenerieren statt Reparieren. Wo es trotz gesunder Lebensführung dennoch zu Abnützungen etwa des Bewegungsapparats kommt, bietet die Regenerationsmedizin Abhilfe. Zelltransplantationen gegen Knorpelschäden sind heute in Österreich bereits Routine. Und beispielsweise die Entwicklungen des Tissue Engineering versprechen für die Zukunft schier unglaubliche Möglichkeiten in der Medizin. So erhoffen sich Mediziner damit den rasant wachsenden Bedarf an Transplantaten decken zu können. Ein Beispiel: 180.000 Hornhäute von Augen werden jedes Jahr weltweit transplantiert, der Bedarf ist aber zehnmal so hoch.

In seiner nächsten Ausgabe beschäftigt sich **upgrade** mit der Zukunft der Medizin, fragt, wie richtige Vorsorge aussehen muss, zeigt die medizinischen und auch ökonomischen Chancen der Regenerationsmedizin sowie der damit verbundenen Zelltechnologie auf, beleuchtet den Stellenwert einer ganzheitlichen Betrachtung des Menschen in der medizinischen Betreuung und analysiert, wie sich das Gesundheitssystem insgesamt in den kommenden Jahrzehnten vor dem Hintergrund der technologischen Entwicklungstrends und der neuen Paradigmen verändern wird.

ANZEIGE

Smarter Zutritt bedeutet Sicherheit

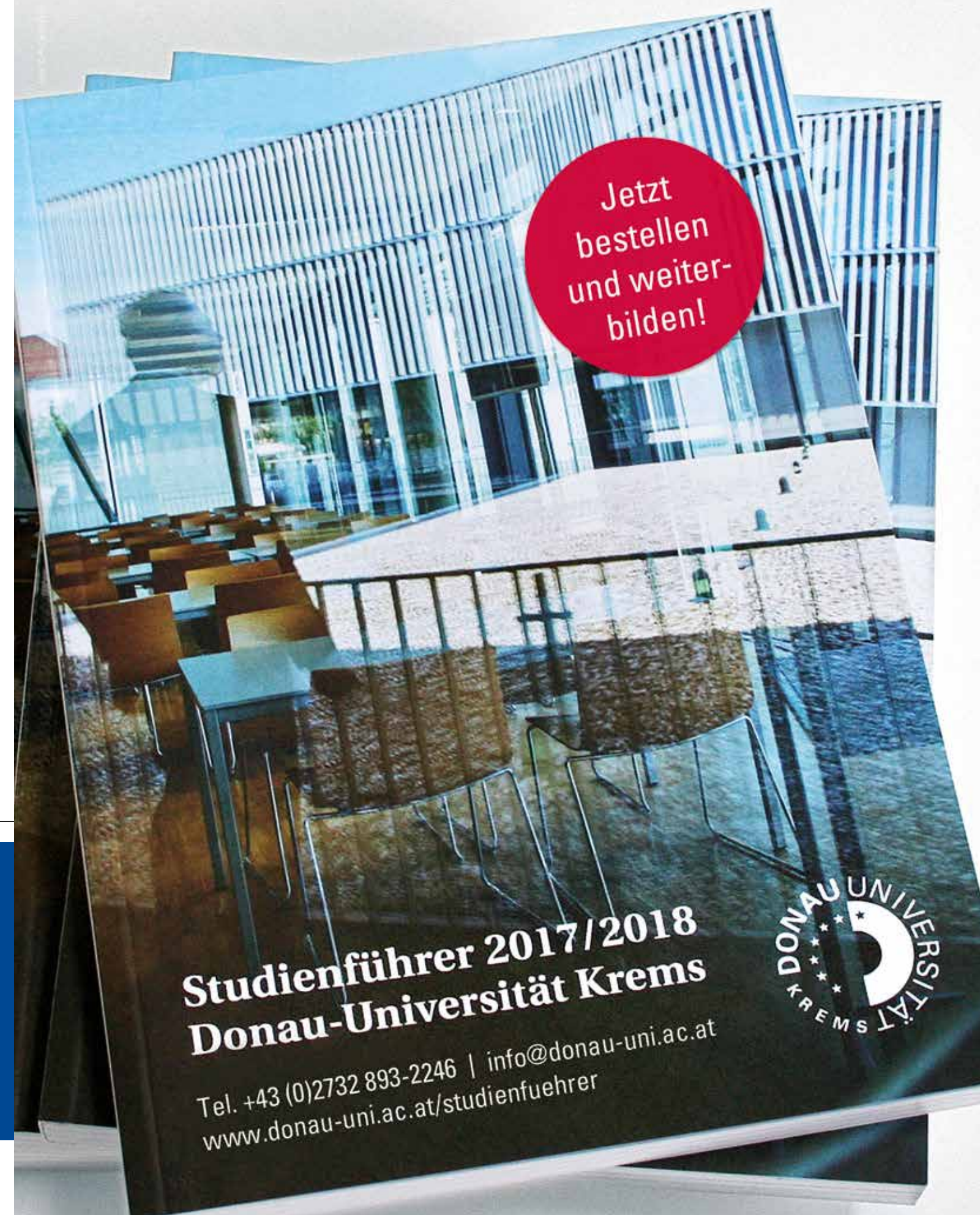


Wir entwickeln für Sie zukunftsfähige und smarte Zutrittslösungen, die Ihnen das Gefühl von Geborgenheit geben: Vom Schloss und Schlüssel bis zur voll vernetzten elektronischen Zutrittslösung, vom Türschließer bis zu automatischen Türsystemen. Denn Ihr Vertrauen ist unser wertvollstes Gut.

dormakaba Austria GmbH
Ulrich-Bremi-Straße 2
3130 Herzogenburg

www.dormakaba.at

dormakaba



Studienführer 2017/2018
Donau-Universität Krems

Tel. +43 (0)2732 893-2246 | info@donau-uni.ac.at
www.donau-uni.ac.at/studienfuehrer

DONAU UNIVERSITÄT
KREMS